

10/1999

Generalsekretärin Angela Merkel:

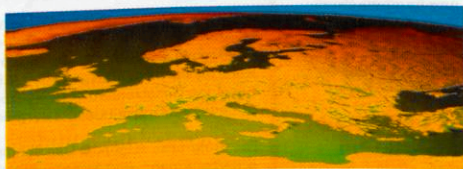
Europa muß man richtig machen

Am 13. Juni entscheidet die Europawahl über die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament. Die Europawahl ist zugleich von hoher nationaler Bedeutung. Sie ist der erste bundesweite Stimmungstest für Rot-Grün.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Europawahl gewinnen und als CDU unseren Beitrag dafür leisten, daß die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Europaparlament wird. Es gilt, die Vormachtstellung der Sozialisten zu brechen und die bürgerlichen Kräfte zu stärken.

Deutlicher Kompetenzvorsprung

Die Ausgangslage ist gut: Die Deutschen wissen um die Verdienste der CDU auf europäischer Ebene. Wir sind die deutsche Europapartei. In der Europapolitik verfügen wir über einen **deutlichen Kompetenzvorsprung** vor allen anderen Parteien. Gleichzeitig liegen wir in bundespolitischen Umfragen erstmals seit zwei Jahren



**Europa
MUSS MAN
RICHTIG
MACHEN.**



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

Das Poster zeigt unsere neue Werbelinie für den Europawahlkampf. Die neuen Europa-Materialien werden auf Seite 43/44 vorgestellt.

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz & gut

Wiedergewählt

Als Bürgermeister für die nächsten acht Jahre ist in der saarländischen Gemeinde Perl Anton Hoffmann wiedergewählt worden. Der 57-jährige CDU-Politiker setzte sich mit 70,8 Prozent der Stimmen gegen die Verwaltungsan-gestellte Doris Petzing von der SPD durch, die auf 29,2 Prozent der Stimmen kam. Die Wahl in Perl war die erste Wahl im Saarland nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine.

Für eine Kultur des Miteinanders

hat der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Christoph Böhr, plädiert: "Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ihr Integration ist nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern auch eine Chance, die wir ergreifen wollen."

Gelungene Aktionen

Mit einer Postwurfsendung an alle 97.000 Haushalte des Kreises hat der CDU-Kreisverband Coesfeld Unterschriftenlisten verschickt, auf denen die Bürgerinnen und Bürger ihr Ja zu Integration und Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft bekräftigen konnten. Der Rücklauf hat das große Interesse der Bevölkerung an dieser Frage bestätigt und gezeigt, daß die CDU mit ihrer Aktion auf der ganzen Linie richtig gelegen hat.

Im Dialog überzeugen

und verstärkt auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen will die CDU Oldenburg. Landesvorsitzender Manfred Carstens: "Aufgabenschwerpunkt soll die Vor-Ort-Politik sein. Wir wollen vor allem die junge Generation ansprechen und möglichst viele junge Leute für die aktive politische Arbeit in unseren Reihen gewinnen."

Doppelte Staatsangehörigkeit auf begründete Ausnahmen beschränkt

Den Entwurf eines Gesetzes zur Neu-regelung des Staatsangehörigkeitsrechts haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 16. März Jürgen Rüttgers, stellvertretender Vorsitzender der

CDU/CSU-Bundes-tagsfraktion, der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble und der bayerische Innenminister Günther Beckstein vorge-stellt. Mit einem umfassenden Inte-

grationskonzept spricht sich die Union für eine moderne Revision des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts aus, in dem die doppelte Staatsangehörigkeit auf begründete Ausnahmen be-

schränkt bleibt. Ausländern, die sich auf Dauer für Deutschland als ihren Lebensmitelpunkt entschei-den, soll aber die Einbürgerung künftigher erleichtert werden. Für in Deutsch-land geborene Kin-

der von Auslän-dern sieht der Ent-wurf eine Einbür-gerungszeicherung vor, die diese Kinder mit den gleichen Rechten wie ihre deutschen Spiel- und Klassenkameraden aufwachsen läßt.

CDU

DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE

NR.
10

Mit Lafontaines Weggang verliert die SPD ihr Gleichgewicht. Es endet eine Ära, die mit dem Machtverlust im Jahre 1983 begonnen hat.

Tagesspiegel

Rot-grünes Chaos in Bonn und eine Chance zur Erneuerung in Brüssel

In den Tagen seit dem 11. März ist viel passiert: ● Bundesfinanzminister Lafontaine hat auf alle politischen Ämter verzichtet. ● Die Europäische Kommission ist zurückgetreten. ● Die Union hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt.

Die Ereignisse zeigen: ● Das Scheitern der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung Schröder, ● die wirkungsvolle Kontrolle des europäischen Beamtenapparats durch das Parlament in Straßburg und ● die Richtigkeit der von der Union vertretenen Grundauffassung "Integration Ja – doppelte Staatsangehörigkeit Nein".

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: In wenig mehr als 100 Tagen hat das rot-grüne Bündnis ein bislang nicht gekanntes Chaos angerichtet. Die Verantwortung dafür trägt nicht nur der zurückgetretene Finanzminister, sondern die ganze Regierung und insbesondere Bundeskanzler Schröder. Ein Neuanfang kann sich nicht auf einen Personalwechsel beschränken, sondern erfordert einen Wechsel auch in der Politik.

Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: Der Rücktritt der 20 EU-Kommissare ist Teil eines Selbstreinigungsprozesses, der jetzt die Chance eröffnet, die Kommission transparenter, effizienter und bürgernäher zu machen. Die deutschen Christdemokraten haben mit ihrer konsequenten Haltung bei der Aufdeckung von Mißmanagement in der Kommission von Anfang an eine konstruktive Haltung eingenommen.

Für eine wirkliche Integration

Der CDU-Bundesvorstand nach Beratungen am 15. März: Für eine erfolgreiche Politik der Integration ausländischer Mitbürger, für eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserem Land, ist eine breite Zustimmung der Bevölkerung und damit ein Konsens der großen politischen Strömungen notwendige Voraussetzung. Grundlage aller Beratungen muß deshalb die Frage sein, auf welchem Weg die Bereitschaft deutscher wie ausländischer Wohnbevölkerung für eine wirkliche Integration unter Vermeidung verfassungsrechtlicher Risiken am besten gewonnen werden kann.

Forsa-Umfrage: Unzufrieden

65 Prozent der Deutschen sind mit der Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung und ihren Bemühungen um neue Ausbildungsplätze unzufrieden. Die Unzufriedenheit ist nach einer repräsentati-

ven Umfrage unter 1000 Bundesbürgern in Ostdeutschland größer (71 Prozent) als in Westdeutschland (64 Prozent). Verbesserte Aussichten auf Lehrstellen vermischen vor allem die 18- bis 29jährigen.

Sicherheit bei der Bahn

hat oberste Priorität, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, angesichts der jüngsten Unglücksserie. Die Deutsche Bahn AG müsse die Unfall-

gründe schnell aufklären und sicherstellen, daß auch in Zukunft gut ausgebildete Mitarbeiter in technisch sensiblen Funktionen beschäftigt werden und eine entsprechende Fortbildung erhalten.

Fortsetzung von Seite 1

wieder vor der SPD - je nach Institut sogar sehr deutlich. Diese gute Stimmungslage wollen wir nutzen, um ein möglichst hohes Wahlergebnis zu erzielen.

Rot-Grün hat den Vertrauensvorsprung verspielt. Die Schröder-Regierung arbeitet schlecht. Investoren und Konsumenten haben das Vertrauen verloren. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Regierung kann auf kein einziges gelungenes Projekt verweisen. Mit Plänen für einen schnellen Atomausstieg und mit der generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft wurde erhebliches Porzellan zerschlagen. Die jetzt beschlossene Ökosteuer, die Veränderungen bei den 630-Mark-Arbeitsverhältnissen und die drohende Mehrwertsteuererhöhung sind ein Anschlag auf die kleinen Leute. Im Ausland steigt der Unmut über das schlechte Management der deutschen Ratspräsidentschaft. Weil Schröder schlecht vorbereitet ist, muß er viele Kompromisse machen: Die Agenda 2000 ist in ihrer derzeitigen Form nicht akzeptabel und stellt eine Brückierung der Landwirte und der Menschen in den ländlichen Räumen dar.



Es ist überdeutlich geworden: Rot-Grün kann keine Probleme lösen, Rot-Grün ist das Problem. **Deutschland braucht eine starke CDU als Gegengewicht zu einer schwachen Bundesregierung.**

Wir werden in einem frischen, fröhlichen, bürgernahen und dialogorientierten Europawahlkampf für unsere Politik werben. Unser Basisslogan: „Mitten im Leben“ wird während des Europawahlkampfes auf allen Werbemitteln in der veränderten Form „**Mitten im Leben, mitten in Europa**“ auftauchen.

Die Deutschen sind für Europa. Sie sind für den Euro. Ein zentralistisches Europa lehnen sie ab. Sie treten ein für ein bürgernahes Europa der Regionen. Sie wünschen Stabilität und verlässliche Politik sowie einen sorgsamsten Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers. Die letzten Wochen haben mit den Rücktritten Lafontaines und der EU-Kommission deutlich gemacht, daß

HEUTE AKTUELL

● **Europawahl**

Umfragen zu Kompetenz, Zufriedenheit und Erwartungen. Mit Sonntagsfrage. Seite 8

● **InfoNET**

Schnell, effektiv, exklusiv. Informationen für Funktions- und Mandatsträger. Seite 10

● **Staatsangehörigkeit**

Wolfgang Schäuble: Doppelte Staatsbürgerschaft zunächst einmal vom Tisch. Seite 12

Wir haben das bessere Konzept! Argumente gegen das geplante Staatsangehörigkeitsrecht der Schröder-Regierung. Seite 14

● **630-Mark-Jobs**

Angela Merkel: Ohne ausreichende Legitimation ein unselbiges Gesetz verabschiedet. S. 24

Protest-Aktion gegen 630-Mark-Gesetz. Seite 25

● **Jahreswirtschaftsbericht**

Matthias Wissmann: Was wir jetzt brauchen. Seite 26

● **Steuerentlastungsgesetz**

Kurt Biedenkopf: In Sachsen wird kein Chaos ausbrechen. Seite 28

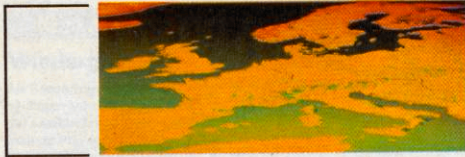
Erwin Teufel: Diese Reform ist auf Umverteilung angelegt. Seite 30

● **Nordrhein-Westfalen**

Friedrich Merz: Die Steuererhöhung verhindert Beschäftigung in NRW. Seite 32

● **Dokumentation**

Wolfgang Schäuble: Europa jetzt aus der Krise herausführen. Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte zum Rücktritt der EU-Kommission und zur Agenda 2000. Grüner Teil



die Sozialisten und Kommunisten im Europa-Parlament und den Europäischen Institutionen dies ebenso wenig bieten können wie die rot-grüne Bundesregierung.

Inhaltlich führen wir die Auseinandersetzungen über den richtigen Weg in der Europapolitik. **Europa muß man richtig machen.** Darauf kommt es an. Wir stehen für:

● Stabiles Geld

Damit der Euro stabil bleibt, braucht es wirtschafts- und finanzpolitische Vernunft und Stabilität. Ausufernde Ausgaben, Steuererhöhungen, wie wir sie jetzt im Rahmen der Ökosteuer und der drohenden Mehrwertsteuererhöhung erleben, treiben die Preise und gefährden die Stabilität des Geldes. Hier werden wir gegensteuern!

● Verlässliche Außenpolitik

Europa muß handlungsfähig sein, und Deutschland muß seiner internationalen Verantwortung nachkommen. Wir treten dafür ein, daß die Europäische Union die Verantwortung für den Frieden in und für unseren Kontinent wahrnimmt. Wir treten ein für eine ausgewogene Partnerschaft zwischen Europa und den USA. Ein freundschaftlicher und angemessener Umgang mit unseren Partnern ist für die CDU selbstverständlich. Trittins Atomausstiegpläne und Lafontaines Mißachtung des Euro-Starts haben Deutschland schwer geschadet. Eine starke CDU wird die Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik garantieren.

● Ein sicheres Europa

Wir treten ein für den konsequenten Schutz der Bevölkerung vor Rechtsbruch und Ge-

walt. Wir wollen Europol zügig zu einer europäischen Polizeibehörde mit eigenen Eingriffsbefugnissen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels ausbauen. Bestrebungen innerhalb der Bundesregierung sowie in rot-grün regierten Ländern nach Drogenfreigabe und Entkriminalisierung von Ladendiebstahl lehnen wir ab. Der Schutz der Bürger hat Vorrang. Für uns gilt Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt.

● Ein Europa der Regionen

Wir werden Tendenzen zu einem sozialistischen Zentralismus entschieden entgegenwirken. Die europäische Einigung wird von den Bürgern nur angenommen, wenn die Regionen in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden. **Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa.** Deshalb werben wir für einen **europäischen Verfassungsvertrag**, der präzise regelt, wer was in Europa regelt. Wir setzen uns dafür ein, daß Möglichkeiten der nationalen und regionalen Wirtschaftsförderung nicht eingeschränkt, sondern erweitert werden. Dasselbe gilt für Maßnahmen zur Sicherung der Existenz landwirtschaftlicher Betriebe. Der ländliche Raum darf nicht benachteiligt werden. Die Agenda 2000 lehnen wir in der vorliegenden Form ab.

● Ein wirtschaftlich starkes Europa, das Arbeitsplätze schafft

Die CDU fordert ein abgestimmtes Vorgehen der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies kann vor allem durch Senkung der Steuern und Abgaben sowie durch Abbau von Bürokratie und Überreglementierung geschehen. Kostspielige Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene sind wirkungslos und müssen vor allem von Deutschland bezahlt werden. Wir fordern, daß die nationalen Regierungen sich einer dauerhaften Stabilitätspolitik als Aus-

gangspunkt für mehr Wachstum und Beschäftigung verpflichten. Wir werden die Bundesregierung an ihren Taten und Ergebnissen messen. Keineswegs werden wir zulassen, daß Europa als Alibi für ein Scheitern beim Abbau der Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene mißbraucht wird.

● Ein gerechtes Beitragssystem

Wir treten ein für eine Korrektur des EU-Finanzierungssystem. Unser Ziel ist eine faire, gerechte und solidarische Lastenteilung aller EU-Mitglieder. Jeder Mitgliedstaat soll Beiträge nach seinem Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand zahlen. Deutschland würde auf diese Weise um 7,5 Milliarden DM entlasten werden. Wir werden den Bundeskanzler daran messen, inwieweit er die berechtigten deutschen Interessen bei den Finanzverhandlungen auch tatsächlich durchsetzen kann. Wir fordern ferner ein Ende von Vetternwirtschaft, Verschwendung und Unterschlagung sowie wirksame Instrumente für deren Aufklärung und Ahndung. Zukünftig müssen die Kommissare auch einzeln vom Europäischen Parlament zur Verantwortung gezogen werden können.

● Ein sparsames Europa

Ein erfolgreiches Europa muß nicht zwingend ein teures Europa sein. Wir fordern mehr Eigenverantwortung und Sparsamkeit bei der regionalen Strukturpolitik. Die Eigenverantwortung der Regionalförderung der Mitgliedstaaten muß erhöht werden. Dies ist ein zentraler Auseinandersetzungspunkt mit den Sozialisten. Ein sozialistisches Europa ist ein zentralistisches Europa. Ein zentralistisches Europa ist bürgerfern und teuer. Dies lehnen wir ab.



● Ein Europa der Jugend

Wir wollen grenzüberschreitend Bildung und Ausbildung fördern und die Arbeitsmarktchancen der Jugend erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, daß europäische Jugendliche während ihrer Schul- oder Berufsausbildung mindestens drei Monate in einem anderen EU-Staat verbringen können.

● Ein friedliches und erweitertes Europa

Die CDU hat sich frühzeitig und nachdrücklich für eine Erweiterung der Europäischen Union eingesetzt. Dies ist im deutschen Interesse, weil sich neue Märkte erschließen und es außerdem besser gelingen kann, illegale Zuwanderung und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Als Grundlage für die Erweiterung muß die Europäische Kommission ihre institutionellen Strukturen bis zum Jahr 2002 so reformiert haben, daß die ersten Beitrittskandidaten danach aufgenommen werden können. Die CDU fordert von der deutschen Ratspräsidentschaft, die notwendigen Weichen zu stellen. Für all diese Punkte gilt:

Europa muß man richtig machen.

Wir werden im anstehenden Europawahlkampf deutlich machen, daß die CDU die verlässlichere und zukunftsfähigere Alternative für ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa darstellt.

Bis zur Wahl am 13. Juni unterscheiden wir drei Phasen:

1. Vorwahlkampf: Vom 1. April bis zum Parteitag am 25. - 27. April in Erfurt.

● Wir starten ab dem 1. April mit einer **bundesweiten Plakatkampagne**. Unmittelbar nach Ostern werden den Kreisver-

bänden ein Slogan- und ein Rahmenplakat für die Grundplakatierung angeboten.

- Parallel dazu werden die **Kandidatenposter** und **Kandidatenprospekte** fertiggestellt.
- Ab Ostern stellt die Bundesgeschäftsstelle für Canvassingaktionen jeweils ein aktuelles Flugblatt fürs Wochenende zur Verfügung.
- Ab Anfang April wird das **InfoNET** (Intranet) zu einem wichtigen **Kommunikationsinstrument**.
- Am 14. April findet in Bremen ein **Wirtschaftskongreß** der Bundespartei statt.
- Am 16. April findet in Berlin ein Empfang „50 Jahre NATO“ statt.
- 25. - 27. April: 12. Parteitag in Erfurt.
- Zum Parteitag Ende April liegen alle Informationsmaterialien und Kleinwerbe-mittel vor.

2. Mobilisierungsphase: 28. April bis 30. Mai

- Unser Kampagnenmotto: „Europa muß man richtig machen“ wird jede Woche in ein Wochenmotto umgesetzt. Anzeigen in der Tagespresse sowie ergänzende Materialien der Bundesgeschäftsstelle stehen zur Verfügung.
- Anfang Mai: Beginn des Bundesred-nereneinsatzes.
- Am 3. Mai startet die Großflächenplakatierung auf den Sondergroßflächen.
- Am 5. Mai starten wir unsere **EURO-Truck-Tour**. Zwei Euro-Trucks mit ausfahrbarer Bühne begleiten die Abendveranstaltungen des Parteivorsitzenden und stehen tagsüber den Kreisverbänden zur Verfügung.

● Spätestens zum 10. Mai liegen alle Wahlkampfplakate vor.

● Mitte Mai starten die Rundfunk- und Fernsehspots.

● Am 15. Mai findet das zweite Grundwerteforum der CDU Deutschlands (Wertekongreß) in Cottbus statt – unter dem Motto „**Freiheit, die wir meinen**“.

● Am 21. Mai startet die Großflächenplakatierung auf den kommerziellen Großflächen.

● Am 30. Mai leiten wir mit einem **großen Europafest** den Schlußwahlkampf in der Köln-Arena ein. Mit Spaß, Musik, Show und Politik sorgen wir für ein außergewöhnliches Programm.

3. Heißer Wahlkampf: 31. Mai bis 13. Juni

● Anfang Juni: Vorstellung der Schlußplakatierung.

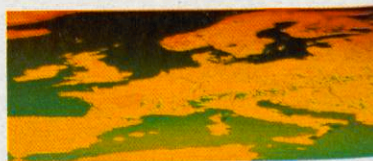
● Anfang Juni: Zweites Berliner Gespräch der CDU Deutschlands. Thema: Was die Nachbarn von Deutschland erwarten.

● 6. Juni: Bürgerschaftswahl in Bremen.

● 7. Juni: Beginn der **Schlußmobilisierung**.

● 13. Juni: **Sieg bei der Europawahl**.

Bitte helfen Sie mit. Wir haben gute Chancen. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß die Menschen auch zur Wahl gehen.



Amateurhaft

Im Zusammenhang mit dem Berliner EU-Gipfel schreibt die konservative französische Zeitung „Le Figaro“:

„Ohne funktionsfähige Kommission hängt die Führung der Union mehr als jemals zuvor von der Präsidentschaft im Rat ab. Als Deutschland, wo es gerade einen Wechsel gegeben hatte, im Januar diese Rolle übernahm,

Auslandskommentare

boten sich alle Voraussetzungen, um zu einem Erfolg zu kommen und ganz Europa einen neuen Schwung zu geben. Aber sechs Monate nach seiner Wahl ist es Gerhard Schröder, jetzt auch noch ohne die Unterstützung von Oskar Lafontaine, noch immer nicht gelungen, die Zügel seiner rot-grünen Koalition fest in die Hand zu nehmen. In den Europafragen ist die mangelnde Vorbereitung weithin Schuld einer deutschen Präsidentschaft, der zahlreiche seiner Partner amateurhaftes Vorgehen bescheinigen.“

Überfordert

Im Zusammenhang mit dem Berliner EU-Gipfel heißt es in der linksliberalen französischen Zeitung „Libération“:

„Die Mannschaft Schröders, unerfahren und überfordert durch diese Präsidentschaft nur wenige Monate nach dem Machtantritt, hat die Ungeschicklichkeiten vervielfacht. Die Koordination zwischen den Ministerien, sogar innerhalb des Kanzleramtes selbst, ließ oft zu wünschen übrig. Schröder selbst, voll mit seinen internen Problem beschäftigt, hat sich erst sehr spät den Fragen gewidmet. Vor allem aber haben er und seine Mannschaft gezeigt, daß sie nicht mehr die gleiche Haltung gegenüber Frankreich haben wie ihre Vorgänger. Die französischen Diplomaten werfen der deutschen Präsidentschaft vor, sie hätte Frankreich isolieren wollen, indem sie die Verhandlungen auf die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik konzentriert, deren vorrangiger Nutznießer es ist, dann indem sie zu lange auf der Kofinanzierung bestanden habe, von der Frankreich nichts wissen wollte.“

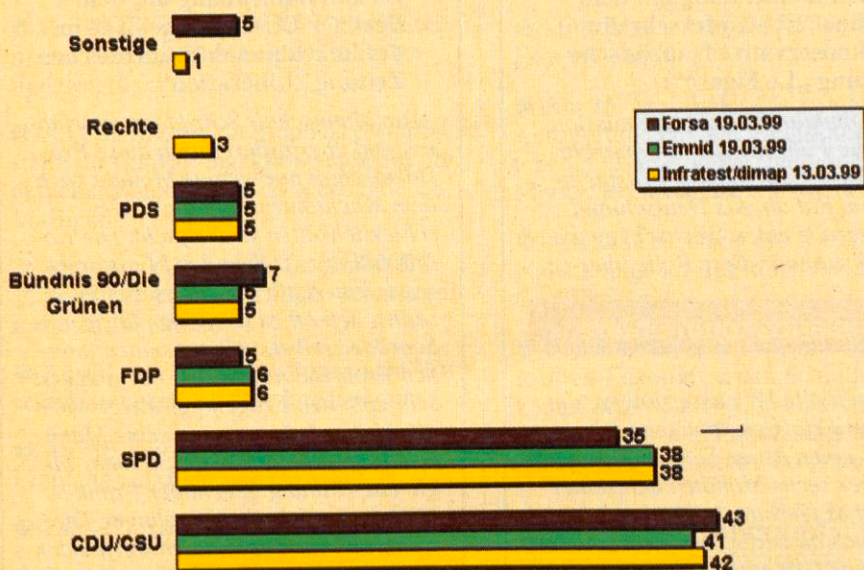
SPD jetzt zehn Prozent hinter Union

Die SPD verliert bei den Wählern immer mehr an Ansehen. Nach einer am 24. März veröffentlichten Forsa-Umfrage im Auftrag der Zeitung „Die Woche“ liegt die Union in der öffentlichen Meinung mit 44 Prozent mittlerweile zehn Prozent vor den Sozialdemokraten. Für die SPD bedeutete dies ein Minus von zwei Prozent gegenüber der Vorwoche, während CDU/CSU ein Prozent zulegen konnte, wie die „Woche“ berichtete.

Die Grünen erreichten bei den 2.507 Befragten sieben Prozent (plus eins), die FDP erreichte fünf (minus eins). Auch das Ansehen von Bundeskanzler Gerhard Schröder sinkt weiter. Nur noch 41 Prozent der Bundesbürger würden ihn der Umfrage zufolge jetzt direkt zum Kanzler wählen, drei Prozent weniger als in der Vorwoche und acht Prozent weniger als auf dem Höhepunkt seiner Popularität Anfang der Jahres.

Sonntagsfrage

Wen würden sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?



Kompetenz in der Europapolitik

	Feb. 99
CDU/CSU	42
SPD	34

Quelle: Emnid, Februar 1999

Umfragen zur Europawahl

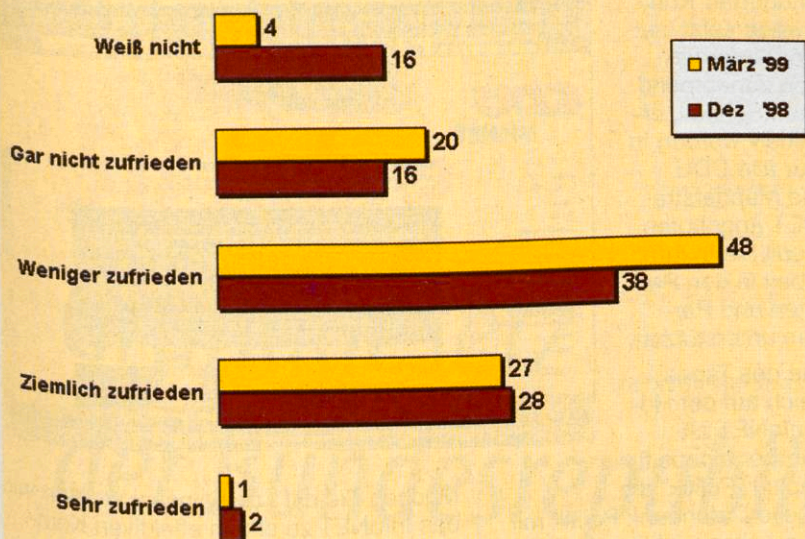
Wirtschaftserwartungen der Wirtschaftsführer

	August 1998	Februar 1999
Besser	59%	10%
Schlechter	6%	47%

Quelle: Emnid, März 1999

Zufriedenheit mit der Bundesregierung

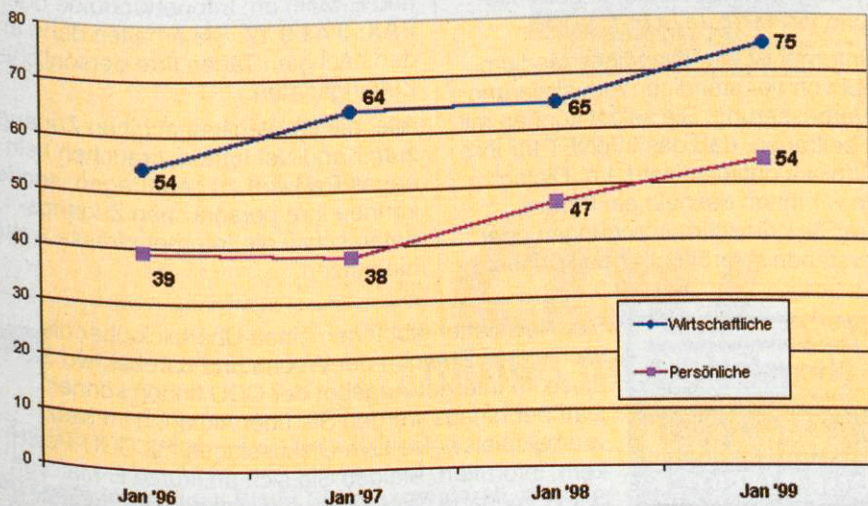
Quelle: Infatest/timap/DeutschlandTrend, März '99



Vorteile der EU

Quelle: Ernid, Feb '99

Von je 100 Befragten erwarten sich wirtschaftliche/persönliche Vorteile von der EU:



Schnell, effektiv, exklusiv

Im Zeitalter moderner Kommunikationswege setzt die CDU auch in der internen Kommunikation zunehmend auf das Internet. Schnell, effektiv und exklusiv werden Informationen für alle CDU Funktions- und Mandatsträger im InfoNET angeboten. Das InfoNET soll Sie in Ihrer politischen Arbeit in den Parlamenten, Räten und Parteigliederungen unterstützen.

Das Wichtigste des Tages wird Ihnen gleich auf der Homepage des InfoNET angekündigt. Darüber hinaus finden Sie im Kapitel „Politik“ die neue und aktuelle Datenbank Politik mit Informationen zu allen wichtigen politischen Themen. Im „Service“ werden Sie über Aktionen, Werbelinie, Leitfäden und alles Wichtige für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU informiert.

Im „Webstore“ können Sie das komplette Werbemittelangebot der CDU einsehen und direkt bestellen.

Das Internet ist ein lebendiges Medium. Es lebt von der ständigen Aktualisierung und Verbesserung. Sie selbst können mit dazu beitragen, daß das InfoNET für Ihre Bedürfnisse optimiert wird. Im „Dialog“ bieten wir Ihnen deshalb ein Forum, in dem Sie Wünsche, Anregungen oder Einverständnis veröffentlichen können.

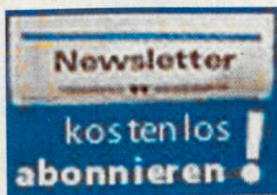


Machen Sie mit - gemeinsam werden wir das InfoNET zu einem effektiven Kommunikationsnetz entwickeln können.

Ihr Zugang zum InfoNET:

Bitte schicken Sie eine E-Mail oder ein Fax mit Angabe Ihres Namens sowie Ihrer vollständigen Adresse (mit Telefon und E-Mail) an: **infonet@cdu.de** oder **FAX: 5 44-9 17**. Sie erhalten dann in den nächsten Tagen Ihre persönlichen Zugangsdaten.

Alle, die im Wahlkampf einen Zugang zum KandiNet hatten, brauchen kein neues Paßwort zu beantragen, sondern können ihre persönlichen Zugangsdaten sowie die Internetadresse weiterhin nutzen.

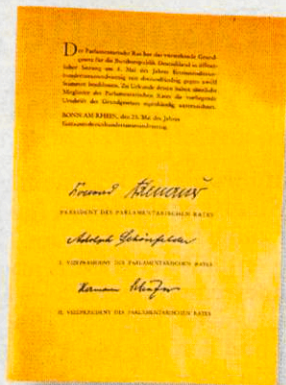


Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Themen der Woche und darüber, wo Sie diese im Internet-Angebot der CDU finden können. Darüber hinaus werden Sie über Aktionen im Netz, wie beispielsweise Live-Diskussionen mit CDU-Politikern, informiert. Melden Sie sich an, kurze E-Mail von der Homepage der CDU aus (**www.cdu.de**) genügt.

Aktionsleitfaden

50 Jahre

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland



CDU

mitten im Leben.

Diesen Leitfaden können Sie in Einzelexemplaren, so lange der Vorrat reicht, bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der Fax-Nr. 02 28/5 44-4 82 anfordern.

Wolfgang Schäuble:

Doppelte Staatsbürgerschaft zunächst einmal vom Tisch

Die Einführung der regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit für Erwachsene ist zunächst einmal vom Tisch. Jedenfalls enthält der Gesetzentwurf, den die Bundesregierung zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt hat und den der Deutsche Bundestag jetzt in erster Lesung berät, entgegen den ursprünglichen Absichten aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung keine entsprechende Vorschrift mehr.

Das ist ein Erfolg von CDU und CSU und unserer Kampagne „Integration ja - doppelte Staatsangehörigkeit nein“. Darin steckt zugleich eine saftige Lektion für die Regierung Schröder, daß man nicht Politik gegen die überwältigende Mehrheit des Volkes machen darf. Eine schlagkräftige und einige Opposition ist nicht machtlos, sondern sie kann schwere Fehler der Regierung verhindern. Und die generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit für Erwachsene wäre ein schwerer Fehler, weil dies nicht der Integration diene, sondern das Volk spalten würde und nicht mehr korrigierbar wäre.

Daß die Regierung Schröder dieses Vorhaben zunächst nicht mehr weiter verfolgen will, ist in Ordnung. Nicht in Ordnung ist gleichwohl der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf. Denn auch das darin enthaltene sogenannte „Optionsmodell“ genügt den Anforderungen einer modernen Integrationspolitik nicht. Der Entzug der mit der Geburt erworbenen Staatsangehörigkeit nach Vollendung des 23. Lebensjahres verursacht nicht nur enorme Probleme im praktischen Vollzug, sondern stößt auch auf

schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken. Sowohl Bundeskanzler Schröder als auch Innenminister Schily selbst haben noch vor zwei Wochen das jetzt eingebrachte Modell als verfassungswidrig bezeichnet. Wenn sie selbst diese Zweifel haben, warum steht es dann im Gesetzentwurf und warum diese Hast? Der Verdacht liegt nahe, daß mit diesem Entwurf, der von der Regierung Schröder als „erster Schritt“ bezeichnet wird, durch die Hintertür doch noch die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit eingeführt werden soll. Solange diese Besorgnis nicht ausgeräumt ist, werden wir die Unterschriftenaktion fortsetzen.

Die Union ist bislang die einzige politische Kraft in Deutschland, die ein umfassendes Integrationskonzept vorgelegt hat mit einer modernen Gesamtrevision unseres Staatsangehörigkeitsrechts. Unser Gesetzentwurf wird ebenfalls im Bundestag behandelt, und er ist die eindeutig bessere Lösung. Die doppelte Staatsangehörigkeit bleibt dabei auf begründete Ausnahmen beschränkt. Wir wollen für Kinder und Jugendliche eine Einbürgerungszusicherung einführen. In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder können bei Volljährigkeit entscheiden, ob sie die deutsche oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern haben wollen, ohne daß sie bis zur Volljährigkeit irgendwelche Nachteile im Vergleich zu Kindern deutscher Eltern haben. Gleichzeitig vermeiden wir die - offensichtlich nicht ungewollten - Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn sich die „befristeten Doppel-

12. Parteitag in Erfurt

... mitten IM LEBEN lautet das Motto des 12. Parteitags, der vom 25. bis 27. April in Erfurt stattfindet.

Wolfgang Schäuble: „Wir wollen den politischen Kurs unserer Arbeit in den vor uns liegenden Jahren diskutieren und festlegen. Zugleich werden wir unsere europapolitischen Positionen deutlich machen und mit diesem Parteitag den Europawahlkampf starten.“

Nach der vorläufigen Tagesordnung geben am Montag, den 26. April, der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble und die Generalsekretärin Angela Merkel ihren Bericht. Außerdem soll der Antrag des Bundes-

vorstands „Erfurter Leitsätze – Aufbruch 99“ beraten und verabschiedet werden.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, und dem Grußwort des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Edmund Stoiber, wird am 27. April Volker Rühle in den Antrag des Bundesvorstands „Europa muß man richtig machen“ einführen.

Beratung und Beschlußfassung über diesen Antrag ist der letzte Tagesordnungspunkt des Parteitags, bevor der Parteivorsitzende ihn mit seinem Schlußwort beendet.

staater“ nicht rechtzeitig für eine der Staatsangehörigkeiten entscheiden oder gar mit aufwendigen und für Deutschland teuren Prozeßfluten vor Gericht die Beibehaltung auch der zweiten, der deutschen Staatsangehörigkeit einklagen wollen.

Zur Integration der auf Dauer rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger in unsere Gesellschaft gibt es keine Alternative. Integration erfordert, daß beide Seiten aufeinander zugehen, Toleranz für andere Lebensart einerseits und das Bemühen, sich einzufügen andererseits. Integration stellt Anforderungen an beide Seiten; beide Seiten dürfen sich gegenseitig nicht überfordern. Deshalb verbinden wir ein umfassendes und vielfältiges Integrationsmodell, das konkrete Vorschläge für ein besseres und offeneres Zusammenleben für alle Bereiche unserer Gesellschaft enthält, mit Vorschlägen für die Begrenzung weiteren Zuzugs von Ausländern. Für eine Integrationspolitik,

eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben in unserem Land, ist eine breite Zustimmung der Bevölkerung und damit ein Konsens der großen politischen Strömungen notwendige Voraussetzung. Die Union ist bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Völliger Quatsch!

Bild: Ob Rot-Grün oder demnächst Schwarz-Grün: Für den grünen Umweltminister Trittin macht das alles keinen großen Unterschied mehr. Stehen Sie als Koalitionspartner bereit?

Wolfgang Schäuble: *Ich finde es bemerkenswert, daß inzwischen auch Herr Trittin Rot-Grün für gescheitert hält. Schwarz-Grün ist natürlich völliger Quatsch! Mit solchen Gedankenspielen wollen die Grünen nur von ihrer zunehmenden Bedeutungslosigkeit ablenken.*

Wir haben das bessere Konzept!

– Argumente gegen das geplante Staatsangehörigkeitsrecht der Schröder-Regierung –

1. Am 19. März 1999 hat die Schröder-Regierung das sogenannte „Optionsmodell“ zum Staatsangehörigkeitsrecht im Deutschen Bundestag eingebracht. Sie rückt damit von ihrem ursprünglichen Plan ab, die regelmäßige doppelte Staatsbürgerschaft bei in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern hinzunehmen. Diese Abkehr von bisherigen Positionen bestätigt die Richtigkeit der Grundauffassung der Union „Integration ja - doppelte Staatsangehörigkeit nein“ und ist zugleich ein **erster Erfolg der von uns geführten Kampagne.**

2. Für die CDU ist die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechtes in erster Linie kein juristisches Problem. Es geht vorrangig um die Frage, mit welchen Instrumenten eine **bestmögliche Integration** der bei uns auf Dauer lebenden Ausländer gelingen kann. Dies gilt in besonderer Weise für die hier geborenen Kinder ausländischer Eltern, die voraussichtlich ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen werden. Das Staatsangehörigkeitsrecht muß im Dienst einer modernen Integrationspolitik stehen.

3. Die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft darf **nicht durch verfassungsrechtliche Risiken gefährdet** werden. Diese Gefahr kann das Optionsmodell der Schröder-Regierung nicht ausschließen. Noch am 21. Januar 1999 hat

der Grünen-Abgeordnete Özdemir dieses Modell als „verfassungsrechtlich unhaltbar“ bezeichnet. Bundesinnenminister Schily urteilte über das Modell, es sei verwaltungspraktisch „überhaupt nicht zu bewältigen“ (24. Januar 1999). Um diesen Schwierigkeiten und ihren negativen Folgen für die Kinder zu entgehen, hat die Union ihr Modell der **Einbürgerungszusicherung** vorgeschlagen.

4. Die im Entwurf der Bundesregierung vorgesehene **Optionspflicht** zugunsten einer Staatsbürgerschaft spätestens mit Erreichen des 23. Lebensjahres **führt zu erheblichen Folgeproblemen**, die das vorrangige Ziel der **Integration schwer beeinträchtigen**. Vor allem der Zeitpunkt der Optionspflicht ist mit 23 Jahren viel zu spät angesetzt:

- Der 19jährige Doppelstaater absolviert seinen Wehrdienst in der Bundeswehr, ehe er aufgrund seiner Entscheidung gegen den deutschen Paß wieder zum Ausländer in Deutschland wird.

- Der junge Doppelstaater kann nach Erreichen der Volljährigkeit an Wahlen zum Deutschen Bundestag teilnehmen. Gibt er mit 23 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft auf, ist ihm die Beteiligung an Wahlen zum Landtag des Bundeslandes, in dem er lebt, verwehrt.

- Eine junge Doppelstaaterin, die mit 22 Jahren ein Kind zur Welt bringt und die sich ein Jahr später für die ausländische Staatsbürgerschaft entscheidet, hat als Nicht-Deutsche ein deutsches Kind.

Es ist überdies mit einem kaum absehbaren und kostenträchtigen Verwaltungsaufwand zu rechnen. Alleine um die Aufgabe einer fremden Staatsangehörigkeit zu prüfen, müßte die personelle Ausstat-

Rot-grünes Chaos auch im Verteidigungshaushalt

Zum Abschluß der Beratungen des Verteidigungshaushalts 1999 im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Das blanke Chaos beherrscht die Beratungen über den Verteidigungshaushalt 1999. Die von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping unter Hinweis auf den Koalitionsvertrag und das Kanzlerwort gebetsmühlenartig wiederholten Garantien erweisen sich als bloße Windeier.

Scharping sieht tatenlos zu, wie die Diskussion um die Bundeswehr in die Öffentlichkeit verlagert und der Verteidigungsetat zum Selbstbedienungsladen wird. Statt für seinen Etat zu kämpfen, schiebt er alle konzeptionellen Entscheidungen auf die lange Bank. In der Zwischenzeit werden aus den Reihen von Rot-Grün immer neue Kürzungsvorschläge bekannt. Die Belastungen werden demnach über 1 Mrd. DM betragen. Scharping selbst bleibt klare Antworten auf drängende Fragen nach eigenen Vorstellungen zur Finanzierung seines Etats schuldig.

tion der Standesämter erheblich ausgeweitet werden.

5. Jedes humane Rechtssystem kennt **Ausnahmen**, um Härtefällen gerecht werden zu können. Dies gilt auch für das Staatsangehörigkeitsrecht. Die Hinnahme einer doppelten Staatsbürgerschaft kann nicht in jedem Fall vermieden werden. Der Gesetzentwurf der Schröder-Regierung sieht aber so viele weitreichende Ausnahmen vor, daß die **Zahl der Doppelpässe in einem unvertretbar hohen Maß ansteigen würde**. So könnten z.B. rund 1/2 Million Ausländer über 60 Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft zusätzlich erhalten.

6. Die Union lehnt deshalb das sog. Optionsmodell und die Optionspflicht erst mit 23 Jahren ab. Die weitreichenden Folgen dieses Modells - die erhebliche Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit, verstärkte Zuwanderung nach Deutschland und schließlich das Fehlen begleitender Integrationsmaßnahmen - werden bereits in wenigen Jahren für die einheimische Bevölkerung spürbar werden.

Wir setzen uns deshalb ein:

- für die Umsetzung eines umfassenden Integrationskonzepts, wie es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Integration und Toleranz“ im Deutschen Bundestag bereits vorgelegt hat;
- für eine Erleichterung der Einbürgerung - unter Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Wir wollen vor allem Rechtsansprüche an die Stelle behördlichen Ermessens setzen und die Mindestaufenthaltszeiten von derzeit 15 auf 10 Jahre, bei jungen Ausländern von 8 auf 6 Jahre verkürzen;
- für eine Zusicherung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit an die hier geborenen Kinder von Ausländern. Diese „Einbürgerungszusicherung“ eröffnet einen vereinfachten Weg zum Erwerb des deutschen Passes. Zugleich wird die Rechtsstellung ausländischer Kinder so verbessert, daß sie sich praktisch nicht von der ihrer Spiel- und Klassenkameraden unterscheidet. ■

Jürgen Rüttgers:

Eine klare Alternative

Die Ausländerpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion läßt sich von drei Zielen leiten: Identität, Toleranz und Integration. Das heißt konkret:

Wir wollen die in Deutschland rechtmäßig lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft integrieren. Wir wollen die Politik der Zuzugsbegrenzung fortführen. Wir wollen das Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren und die Einbürgerung erleichtern. Wir halten jedoch die regelmäßige doppelte Staatsangehörigkeit für falsch, weil sie die Integration hemmt und nicht fördert. In Umsetzung dieser drei Ziele legen wir heute zwei Anträge und einen Gesetzentwurf vor:

- Unseren Antrag „Integration und Toleranz“
- Unseren Antrag „Modernes Ausländerrecht“ mit Vorschlägen zur Novellierung des Ausländergesetzes.
- Unseren Gesetzentwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts.

Die Anträge sind eine klare Alternative zu dem ausländerpolitischen Scherbenhaufen, den die Schröder-Regierung in den letzten Wochen angerichtet hat.

Für wen ist denn eigentlich die „Integration per Paß“ wichtig?

Bisher hat niemand plausibel erklären können, worin eigentlich der integrationspolitische Zugewinn des Doppelpasses für Jugendliche liegen soll. Kollege Kanther hat neulich völlig zu recht gefragt, wie es mit der integrativen Logik dieses „Modells auf Zeit“ stehe, wenn das kleine Kind über zwei Pässe verfügt, aber der 23jährige die deutsche Staatsangehörig-

keit wieder verlieren soll, weil er die elterliche nicht aufgeben will. Für wen ist denn eigentlich die „Integration per Paß“ wichtiger: Für den 2jährigen oder für den 23jährigen?

Schon der Ansatz des Optionsmodells ist also völlig unausgegoren. Es führt zu integrationspolitisch völlig unmöglichen Situationen:

Die junge Frau, die 18jährig (d.h. als Doppelstaatlerin) ein deutsches Kind zur Welt bringt, mit 23 aber die deutsche Staatsangehörigkeit verliert, weil sie zur Aufgabe

Aus der Rede in der Debatte zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts am 13. März

ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit schlichtweg nichts beiträgt, deren Kind aber dann deutsch bleibt (im übrigen ohne spätere Optionspflicht, da es die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip erhalten hat).

Der 22jährige Ausländer, der als Doppelstaatler zum Bundestag wählen darf, mit 24 dann aber an der Landtagswahl nicht mehr teilnehmen darf, weil er zwischenzeitlich seine deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat - und zwar nur deshalb verloren hat, weil er seine elterliche Staatsangehörigkeit nicht ausdrücklich aufgeben will.

Der 19jährige Doppelstaatler, der Wehrdienst leistet, der dann aber plötzlich wieder zum Ausländer in Deutschland wird, obwohl sich an seinen persönlichen Lebensumständen nichts geändert hat.

Koalition will eine Art Gesinnungs-TÜV

Zur Diskussion über die Haushaltskürzung bei der Deutschen Welle erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann und der zuständige Berichterstatter Steffen Kampeter:

Hätte es eines abschließenden Beweises bedurft, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kürzungen in Höhe von 40 Millionen DM bei der Deutschen Welle politisch motiviert sind, so liegt er jetzt mit einer von linken Redakteuren der Deutschen Welle erarbeiteten „Gebrauchsanweisung“ vor. In diesem Papier, das dieses Kürzungsbegehren als Chance zu politischen Neuorientierungen der Deutschen Welle versteht, werden insbesondere im Personalbereich Weichenstellungen nach links angemahnt.

So liefen in der laufenden Legislaturperiode die Funktionsverträge einzelner als konservativ eingestuften Redakteure aus. Hier wird die Gesinnung dann zum Austauschgrund erklärt. Das Papier, das nach eigenen Angaben „taktische, praktische und politische Einblick in das komplizierte Gebilde Deutsche Welle“

vermitteln will, fordert die „realen Machtpositionen nicht aus dem Auge“ zu lassen, andernfalls drohe die Gefahr, genau den falschen Bereich zu stärken.

Die Deutsche Welle soll rot-grün werden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht hier den von der Koalition nahestehenden Kräften gemachten Versuch, mit einer Art Gesinnungs-TÜV politische Einstellungen zu Entscheidungen über berufliche Zukunft zu machen. Die Deutsche Welle soll rot-grün werden. Es ist erstaunlich, daß diejenigen, die die Abschaffung der Gewissensprüfung gefordert haben, sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wieder einfordern. Da ist es entlarvend, wenn Rot-Grün in den Berichterstattergesprächen sich nicht dem Begehren von CDU/CSU angeschlossen habe, die Deutsche Welle mit 30 Millionen DM zusätzlich auszustatten, um ihre Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Es ist ein Bild des Jammers, wie die „neue kulturelle Offenheit“ den deutschen Auslandsrundfunk verkümmern läßt.

Und wie steht derjenige da, der seit seiner Geburt als Deutscher in Deutschland lebt, jetzt aber gegen die deutsche Staatsangehörigkeit optiert? Muß der jetzt Deutschland verlassen? Nach einem Vierteljahrhundert als Deutscher? Der Schily-Entwurf gibt darauf keine Antwort.

Was ist mit jugendlichen Kriminellen, die dann nicht mehr ausgewiesen bzw. abgeschoben werden können. „Mehmet“ müßte hierbleiben. Im übrigen könnte jungen Kriminellen nur geraten werden, mit Volljährigkeit so schnell wie möglich für die

deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren: dann wären sie auch weiter vor Ausweisung und Abschiebung geschützt.

Wie man es auch dreht und wendet: Das Optionsmodell ist - und hier möchte ich einmal den SPIEGEL zitieren - der „größte anzunehmende Unfug“ in der Geschichte des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Und auch darin hat der SPIEGEL recht: Kinder, die - ohne daß ihre Eltern gefragt werden - zunächst von Amts wegen Deutsche werden sollen, bekommen damit eine „familiäre Zeitbombe“ unters Bett gelegt. ■

Bernhard Vogel: Regierung bereitet Erhöhung der Mehrwertsteuer vor

Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel ist überzeugt davon, daß es zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt.

Die Dementis aus Bonn hätten „etwas unter Atemschwäche gelitten“, sagte Vogel im NachrichtenRadio MDR info. Er sei sicher, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Bundesfinanzministerium vorbereitet werde.

Der wahre Grund für die Erhöhung sei aber nicht das Familien-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, erklärte Vogel, sondern daß man „leichtfertig

zum 1. Januar alle möglichen Wohltaten verteilt hat“. Notwendige Reformen wie beispielsweise im Rentenbereich seien zurückgenommen worden. Das sei „nicht überlegt“ und „nicht durchkalkuliert“ gewesen und müsse jetzt bezahlt werden.

Vogel warnte gleichzeitig davor, nach der Strom-Steuer auch noch die Mehrwertsteuer anzuheben. „Auf einen schon bepackten Esel kann man nicht noch etwas draufladen“. Eine höhere Mehrwertsteuer sei vor allem „Gift für die Wirtschaft“.

Kommentare

Beschlossene Sache

Bisher ist es der Bundesregierung gelungen zu verhindern, daß sich der Zusatz „-erhöhung“ an ihre Steuerpläne heftet. Jetzt ist es damit vorbei. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte scheint beschlossene Sache. Tagesspiegel

Unsinn ohne Mehrwert

Zur Mehrwertsteuer haben im Bonner Regierungsviertel alle eine Meinung - auch der Bundeskanzler. „Völlig unsinnig“ lautet der Kommentar Gerhard Schröders zu neuerlichen Spekulationen über eine angeblich bevorstehende Anhebung der Abgabe auf Konsumgüter. Alles klar? Keineswegs. Schröder hält nicht die Steuererhöhung selbst für Unsinn, sondern lediglich die Debatte darüber. Das Volk soll brav schweigen, bis die Regierung offiziell verkündet, was im Kanzleramt längst geplant ist. Das dürfte spätestens Mitte Mai

der Fall sein, wenn die Ergebnisse der Steuerschätzung für das Jahr 2000 vorliegen. Von der Prognose über die Höhe des Steueraufkommens im kommenden Jahr hängt nämlich ab, ob die Mehrwertsteuer nur auf 17 Prozent oder gar auf 18 Prozent erhöht wird. Berliner Zeitung

Das große Bonner Fressen

Lafontaine ist weg, aber die anderen Steuererhöher sind noch da. Kaum haben sie die Stromsteuer eingeführt und die Abgaben auf Benzin, Diesel und Gas erhöht, schielen sie nach der Mehrwertsteuer. Der gefräßigen Fiskalbürokratie wächst der Appetit beim Essen. Daß die schwere Steuerkost längst zu Verdauungsbeschwerden in der Wirtschaft führt, stört beim Bonner Steuerbankett nur wenige. Alles dreht sich um „Gegenfinanzierungen“ eines maroden Haushalts, als sei Finanzpolitik ein Nullsummenspiel des Bilanzausgleichs. Daß man auch „gegensparen“ kann, findet im autistischen Diskurs der Steuererhöher kaum Gehör. Die Welt

Schröders Verantwortung

Zum Rücktritt der EU-Kommission erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer, und der Europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

1. Der Rücktritt der EU-Kommission zeigt, daß sich die europäische Politik in einer schweren Krise befindet. Die Probleme, die zur Krise geführt haben, müssen gelöst werden. Wir erwarten von der deutschen Präsidentschaft, daß sie jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreift, um Europa aus dieser Krise herauszuführen. Bundeskanzler Schröder hat erhebliche Mitverantwortung an der verfahrenen Situation. Er hat noch im Januar die Kommission gestärkt und ist dabei dem Europäischen Parlament bei der Aufarbeitung der Mißstände in Brüssel in den Rücken gefallen.

2. In der Europäischen Union besteht grundlegender Reformbedarf. Der bisher bekanntgewordene Verhandlungsstand zur

AGENDA 2000 wird dem nicht gerecht. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Agrar- und Strukturpolitik wie auch für die zu geringe Gewichtung des Subsidiaritätsprinzips. Mehr Subsidiarität und weniger Zentralismus ist der beste Schutz gegen Mißwirtschaft und Ineffizienz.

3. Mit der AGENDA 2000 werden grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft Europas getroffen. Irgendein Ergebnis um des Ergebnisses willen wäre der falsche Weg. Es erscheint uns mehr als fraglich, ob eine angeschlagene Präsidentschaft mit einer angeschlagenen, nur noch geschäftsführenden Kommission ein tragfähiges Ergebnis erzielen kann. Bei der AGENDA 2000 gilt der gleiche Grundsatz wie beim Maastrichter Vertrag: Substanz geht vor Zeitplan (Positionspapier der Union zur AGENDA 2000).

4. Es ist der Bevölkerung in Europa nicht zuzumuten, daß die zurückgetretene Kommission weiter amtiert. Es wäre auch in der Sache falsch. Wir setzen uns deshalb für eine umgehende Neuberufung der Kommission ein.

Bundestagsdebatte über Berlin-Umzug gefordert

Der Initiativkreis Berlin/Bonn der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, noch vor der Sommerpause in einer Bundestagsdebatte „Planungssicherheit“ für den anstehenden Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin zu schaffen.

Zahlreiche Regierungsbauten seien erst in zwei bis drei Jahren bezugsfer-

tig, betonte der CDU-Abgeordnete Norbert Hauser vor Journalisten in Bonn. Viele Bundestagsabgeordnete und Ministeriumsmitarbeiter müßten daher in Provisorien arbeiten. Sie bräuchten aber „klare Perspektiven“ über ihre künftigen Arbeitsplätze.

Hauser kritisierte ferner, daß in Berlin und Brandenburg große Engpässe im Schulbereich bestünden.

Der zukünftige Kommissionspräsident braucht das Vertrauen des Europäischen Parlaments

Den zügigen Einsatz einer neuen handlungsfähigen Kommission hat der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering gefordert. Diese solle bis spätestens Mai nach dem geltenden Verfahren eingesetzt werden und bis Ende 1999 im Amt bleiben.

„Es ist jetzt Sache des Rates, die Ernennung des Kommissionspräsidenten und der Kommissare in Gang zu setzen, damit das Verfahren möglichst schnell abgeschlossen werden kann“, erklärte Pöttering. Nach den Europawahlen im Juni müsse in jedem Fall – wie vertraglich vorgesehen – nach dem dann geltenden Verfahren des Amsterdamer Vertrages die Kommission eingesetzt werden, die ab Januar 2000 für fünf Jahre im Amt sein werde.

In jedem Fall müsse es zwei getrennte Verfahren geben, da die Kommission 2000 nach den Regeln des Amsterdamer Vertrages eingesetzt werden müsse. Das im Juni gewählte Parlament werde dann in seiner neuen Zusammensetzung den Kommissionspräsidenten wählen.

„Es wird nur ein Kommissionspräsident eingesetzt werden können, der das Vertrauen des Europäischen Parlaments genießt. Es wird ein Kandidat gesucht, der neben persönlicher Integrität den Willen und die Durchsetzungskraft hat, die not-

wendigen und tiefgreifenden Reformen in der Kommission effizient durchzuführen“, erklärte Pöttering.

Die Christdemokraten hätten gleichzeitig mit ihrem Votum zur Nicht-Entlastung der Kommission für den EU-Haushalt 1996 im letzten Dezember ein klares Arbeitsprogramm für die Kommission im Elles-Bericht aufgestellt. Sie forderten insbesondere die Einrichtung einer unabhängigen Betrugsbekämpfungsbehörde, die persönliche Verantwortlichkeit der Kommissare, einen Verhaltenskodex für die Ernennung von ranghohen Beamten und Änderungen am Beamtenstatut.

Pöttering fügte hinzu, daß der Kommissionspräsident zukünftig auch die Möglichkeit haben müsse, Kommissare zu entlassen, wenn diese ihr Amt nicht ordnungsgemäß führen. Nur so könne die persönliche Verantwortung auch tatsächlich eingefordert werden.

„Wir erwarten, daß die neu einzusetzende Kommission sich unverzüglich an die Arbeit macht, um die strukturellen Reformen bereits vor Ende des Jahres einzuleiten. Auch die Kandidaten für die Kommission 2000 werden an ihrer Fähigkeit und dem politischen Willen zur Umsetzung dieser Reformen gemessen werden“, erklärte Pöttering.

Wolfgang Schäuble: Die Verständigung der EU-Staats- und Regierungschefs auf Romano Prodi als neuen Präsidenten der EU-Kommission ist eine gute Lösung. Prodi hat als italienischer Ministerpräsident mit Geschick und Beharrlichkeit den Weg Italiens in die Europäische Währungsunion geebnet und damit bewiesen, daß er der Zukunft der europäischen Integration besonders verpflichtet ist. Die vielfältigen Erfahrungen dieses schwierigen Weges prädestinieren ihn in besonderer Weise für das neue Amt.

Deutscher Beitrag in den letzten Jahren deutlich gesunken

Die großen Worte von Bundeskanzler Schröder nicht mit konkreten Taten verwechseln - davor hat der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese angesichts der aktuellen Verhandlungen über die Agenda 2000 gewarnt.

Liese kritisierte, daß Schröder den Eindruck erwecke, als habe er alleine entdeckt, daß Deutschland zu viel in die EU-Kassen bezahlt, während er jedoch konkret nichts dazu beiträgt, den deutschen Beitrag substantiell zu senken.

Dieses Thema steht seit Jahren auf der Tagesordnung, und es sind auch in den letzten Jahren konkrete Erfolge erreicht worden. Während Deutschland 1994 noch 33,2 Prozent des EU-Haushaltes finanzierte, sind es heute noch 26,4 Prozent.

Liese: „Wir sind uns einig, daß auch dies noch zu viel ist. Deshalb haben wir seit vielen Jahren auf eine Reform der Finanzordnung hingearbeitet.“

Vor der Bundestagswahl im Herbst 1998 hat die Europäische Kommission verschiedene Modelle zur Reduzierung des deut-

schen Beitrags vorgelegt. Das Beste davon war das sogenannte Co-Finanzierungs-Modell im Agrarbereich. Ausgleichszahlungen an die Landwirte sollten nicht mehr allein aus der Brüsseler Kasse erfolgen, sondern auch aus den nationalen Kassen.

Staaten, die viel an Brüssel zahlen und relativ wenig für ihre Landwirtschaft bekommen, wie Deutschland, hätten davon profitiert. „Leider wird dieses Modell von der neuen Bundesregierung nicht mehr verfolgt“, kritisierte Liese.

Auch im Bereich der Strukturfonds für die wirtschaftlich schwächeren Länder (Kohäsionsfonds) habe die alte Bundesregierung den Weg der Einsparung beschritten, der jetzt von der neuen Bundesregierung nicht mehr verfolgt würde.

„Schröder hat durch große Sprüche den Eindruck erweckt, als ei er der Sparkommisar in Europa. Die konkreten Taten gehen jedoch in die andere Richtung. Durch großspuriges Auftreten und mangelndes diplomatisches Gespür hat man in Europa noch nie etwas erreicht“, so Liese abschließend.

Altenpflegegesetz erfordert gründliche Beratung im Seniorenausschuß

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hannelore Rönsch erklärte zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einer bundeseinheitlichen Altenpflegeausbildung:

Der Gesetzentwurf ist grundsätzlich zu begrüßen. Mit den Bundesländern,

den Trägern von Alten- und Pflegeeinrichtungen wie ambulanten Diensten, dem Personal im Pflegebereich und Heimbeiräten muß gründlich beraten werden.

Ich erwarte eine eingehende Beratung ohne den bei der Regierungskoalition bisher üblichen Termindruck.

Bundespolitik belastet die Kommunen

Nach der Klausurtagung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Peter Götz:

Bundeskanzler Gerhard Schröder setzt seine kommunalfeindliche Politik aus seiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident fort.

Beispiel hierfür war, daß erstmals ein Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode die besondere Rolle der Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Gemeinwesen nicht hervorgehoben hat. In der alltäglichen Politik der Regierung Schröder setzt sich die Nichtbeachtung der Kommunen fort.

Die Kommunen verfügen über von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Vertretungskörperschaften und unterscheiden sich daher deutlich von anderen Interessenvertretungen. Gleichwohl hat es von der neuen Bundesregierung bisher noch kein Gespräch über die Auswirkungen der neuen Regierungspolitik auf die Gemeinden gegeben.

Schröders Versäumnis

Die Regierung Schröder hat versäumt, einen Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände in die von ihm eingesetzte Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung zu berufen, obwohl hier über die Zukunft der wichtigsten kommunalen Steuer beraten wird. Erst nach dem Protest der Kommunen wurde einem kommunalen Vertreter gestattet, als Gast an den Sitzungen der Unternehmenssteuerreform teilzunehmen.

Wir erwarten vom Bundeskanzler und vom künftigen Bundesfinanzminister, daß er

das Konzept einer Unternehmenssteuerreform ausführlich mit den Kommunalen Spitzenverbänden erörtert und dabei die berechtigten Interessen der Kommunen an einer eigenständigen, an der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde orientierten und mit Hebesatzrecht versehenen Steuer berücksichtigt.

Beispielhaft war, daß Bundesfinanzminister Theo Waigel mehrfach mit Spitzenvertretern der Kommunen über die Einzelheiten bei der Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer nach Wegfall der Gewerbesteuer beraten hat.

Was wir erwarten

Wir erwarten vom Bundeskanzler und vom neuen Bundesfinanzminister ebenfalls, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Kommunen und ihre Vertreter ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen von Bund und Ländern über eine Finanzverfassungsreform erhalten. Bisher hat der Bundeskanzler den Kommunalen Spitzenverbänden lediglich mitgeteilt, daß die notwendige Beteiligung der Kommunen darauf beschränkt wird, daß die Kommunen eine Gelegenheit erhalten werden, einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihre Vorstellungen für eine Reform der Finanzverfassung vorzutragen.

Wir erwarten vom Bundeskanzler und vom neuen Bundesfinanzminister, daß er alsbald ein klärendes Gespräch mit den Kommunen über die zu erwartenden Auswirkungen aus dem Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts führt. Dabei müssen sich die finanziellen Konsequenzen bei den Kommunen an der Vereinbarung zum Familienleistungsausgleich orientieren, die Bund und Länder 1996 bei der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs getroffen haben.

Ein echter Aprilscherz

Zur geplanten Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Wenn der Bundesrat auch in seiner nächsten Sitzung nicht zur Vernunft kommt, ist die Verwirrung um die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse endgültig komplett. Inzwischen weiß wohl nur noch der Bundeskanzler selbst, wie das Gesetz ab 1. April in der Praxis anzuwenden sein wird. Damit sind Anlaufschwierigkeiten bei den Behörden und Ärger bei betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorprogrammiert.

Nur Schulterzucken

Rückfragen bei den Bundesministerien für Arbeit, Gesundheit und Finanzen haben ergeben, daß die Fachbeamten selbst nicht erläutern können, wie das Gesetz konkret anzuwenden ist. In den Finanzämtern gibt es auf Anfrage nur Schulterzucken. Bei den Oberfinanzdirektionen weiß man immerhin schon, daß es Entwürfe von Antragsformularen gibt, mit denen der Arbeitnehmer beim Finanzamt eine Bescheinigung erhalten kann, mit deren Hilfe er gegenüber dem Arbeitgeber nachweisen

kann, daß er über keine weiteren positiven Einkünfte verfügt. Da die Anträge wohl kaum bis zum 1. April vorliegen werden, müssen die Arbeitnehmer zunächst einmal in jedem Fall Lohnsteuer zahlen.

Bei den Krankenkassen herrscht ebenfalls Ratlosigkeit. Wohin und in welcher Form ab 1. April die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung vom Arbeitgeber abgeführt werden sollen, ist völlig unklar.

Noch ist es Zeit

Eines ist aber jetzt schon sicher: Mit den dilettantischen Versuchen der Bundesregierung, die 630 DM-Jobs neu zu regeln, wird es mehr Unsicherheit, mehr Bürokratie, weniger Arbeitsplätze und mehr soziale Ungerechtigkeit geben.

Noch ist Zeit, das Gesetz zurückzuziehen. Dann spart sich die Bundesregierung auch weitere Nachbesserungen, die inzwischen schon von den Ministerpräsidenten Glogowski und Clement gefordert werden.

Es ist mittlerweile ein Markenzeichen dieser Regierung, erst während der Verabschiedung von Gesetzen darüber nachzudenken, ob sie denn überhaupt praktikabel sind.

SPD verhindert Erhöhung des Wehrsoldes

Die weitere Erhöhung des Wehrsoldes um 1 DM hat die SPD im Verteidigungsausschuß am 17. März abgelehnt.

Werner Siemann: „Die SPD hat sich von ihren Forderungen aus der Oppositionszeit verabschiedet.“ Noch im Mai

1998 habe nach Siemanns Mitteilung der heutige Verteidigungsminister Scharping eine Erhöhung um 2 Mark versprochen, wenn die SPD an die Regierung komme. Siemann: „So hält es die Regierung mit ihren Versprechen. Dies wird die Wehrpflichtigen enttäuschen.“

Generalsekretärin Angela Merkel:

Ohne ausreichende Legitimation ein unseliges Gesetz verabschiedet

Trotz heftigster Kritik von allen Seiten sind jetzt im Bundesrat die Steuerreform und das unselige 630-DM-Gesetz verabschiedet worden und dies, obwohl der handelnden SPD-Mehrheit durch die Hessen-Wahl bereits eindeutig die politische Legitimation entzogen worden ist.

Die Schröder-Regierung hat auch die letzte Gelegenheit verstreichen lassen, ihre falschen Gesetzesvorhaben noch rechtzeitig aufzuhalten und endlich den Weg für eine beschäftigungs- und innovationsfördernde Wirtschaftspolitik einzuschlagen. Die Versprechungen Gerhard Schröders gegenüber Bürgern und Unternehmen, bald werde man die Gesetze nachbessern, sind ein Hohn an sich. Sein leeres Gerede zeigt seine Mißachtung gegenüber den Wählern, die statt verantwortungsvoller Politik ein Trial-and-Error-Spiel vorgeführt bekommen.

Die Union hatte mit ihren Petersberger Beschlüssen ein Steuerkonzept vorgelegt, das unter dem Motto stand: „einfacher - niedri-

ger - gerechter“. Dieses Konzept hatte die SPD mit ihrer Bundesratsmehrheit blockiert. Jetzt beschließt die gleiche SPD ein Konzept, das eindeutig komplizierter, teurer und ungerechter ist. Dies begreife wer kann!

Die vom Gesetzgeber vorgesehene Steuersatzsenkung ist halbherzig und unzulänglich. Die gesetzlichen Neuregelungen verschlechtern die Rahmenbedingungen für Investitionen und mehr Beschäftigung. Insbesondere die Neuregelung der 630-Mark-Jobs wird Geringverdiener in die Schwarzarbeit treiben, wird Arbeitsplätze vernichten und wird ganze Branchen in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Vom entstehenden Bürokratiewust ganz abgesehen.

Die ab 1. April in Kraft tretende Ökosteuern trifft insbesondere die Menschen in den neuen Bundesländern erheblich. Die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt werden ihren Bürger erklären müssen, warum sie eine derart unsoziale Politik mit ihren Stimmen im Bundesrat unterstützt haben.

Angeschmiert

Immer wieder aufs Neue verschlimmbessert, ist ein Gesetz herausgekommen, das Geringverdiener in die Schwarzarbeit treiben, Arbeitsplätze vernichten und ganze Branchen wirtschaftlich in Schwierigkeiten bringen dürfte. Für viele Menschen wird es sich einfach nicht mehr lohnen, abends zu kellnern oder morgens die Zeitung auszutragen.. Es wäre vernünftig gewesen, das Gesetz in dieser Form zu stoppen oder es zumindest noch mal so „nachzubessern“, daß der Kleinverdiener sich nicht angeschmiert vorkommen muß.

Express

Millionen von Minijobbern wollen sich die Schikane nicht gefallen lassen. Mit der von der CDU vorbereiteten Postkarte können sie jetzt dem eigentlichen Verursacher ihren Unmut deutlich machen und gegen das bürokratische Ungeheuer protestieren, mit dem die Schröder-Regierung Arbeitsplätze wegnimmt. Die CDU in den Städten und Gemeinden ist aufgerufen, die Postkarte unter die Leute zu bringen. Generalsekretärin Angela Merkel: „Wir wollen doch mal sehen, ob sich Rot-Grün durch massive Kritik nicht endlich zur Vernunft bringen läßt.“

Protest-Aktion gegen 630-Mark-Gesetz

HERR SCHRÖDER, ICH BRAUCH DIE 630 MARK!

EINE AKTION DER CDU GEGEN DAS 630-MARK-GESETZ.

Bestell-
Nr.: 9567
Verpak-
kungs-
einheit:
500 Expl.
Preis je
500 Expl.:
40,- DM

Mit der abgebildeten Doppel-Postkarte startet die CDU eine Aktion gegen das geplante 630-Mark-Gesetz der Schröder-Regierung. Zum Start der Aktion erhält jeder CDU-Kreisverband in den nächsten Tagen eine kostenlose Grundausstattung von 1.000 Exemplaren der

Postkarte. Weiter erhalten Sie über den regulären Wandzeitungsverteiler eine aktuelle Wandzeitung zu diesem Thema.

Zusätzliche Exemplare der Postkarte können Sie über unser Versandzentrum in Ennigerloh gegen Rechnung bestellen.



Cashmere?
Brauch ich nicht.



Teure Schuhe?
Brauch ich nicht.



Edle Zigarren?
Brauch ich nicht.

So findet die Politik Geld: Sie spendet die untenstehende Karte als 300 Jahre für ein dem Verbraucher weiter.

HERR SCHRÖDER, ICH BRAUCH DIE 630 MARK!

Gegen die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes lege ich Protest ab.
Die Bundesregierung ist sozial ungerecht und wirtschaftlich verwerflich.
Ich bin durch überhöhten, still mehr Protest an den Bundeskanzler
herangeführt wird.

Postkarte Nr. 1000

Bestell-Adresse: Seite 44

Was wir jetzt brauchen

Die Bundesregierung muß ihren Kurs ändern

In der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht am 18. März führte Matthias Wissmann u.a. folgendes aus:

Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel. Von unverbindlichen Allgemeinplätzen und vollmundigen Versprechungen lassen sich die Menschen nicht mehr blenden. Die Wähler in Hessen haben am 7. Februar nicht nur Hans Eichel, sondern auch die Schröder-Regierung angezählt. Wir brauchen eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Deutschland leistungsfähiger und moderner macht. Wir treten für eine wachstumsorientierte Beschäftigungspolitik ein. Ohne ausreichendes Wachstum sind die Probleme auf dem Beschäftigungsmarkt nicht zu lösen.

Wir wollen mehr Selbstbeschränkung des Staates zugunsten der Bürger und des Freiraumes für private Eigenverantwortung und -initiative. Ein zu hoher Anteil des Staates an der Wirtschaftsleistung wirkt sich nachteilig auf die wirtschaftliche Dynamik und die Wettbewerbsfähigkeit aus. Nach ökonomischen Forschungen bedeutet ein Prozent weniger ein Rückgang der Arbeitslosenquote um 1,4 Prozent. Wir treten für eine Politik der konsequenten Ausgabenbegrenzung mit dem Ziel ein, die Staatsquote langfristig auf etwa 40 Prozent zu senken. Mittelfristiges Ziel muß es sein, zu einem Haushalt ohne Nettokreditaufnahme zurückzukehren. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich diesem Ziel zu verpflichten und eine entsprechende mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.

Nur durch die Förderung von Wachstum und mehr Beschäftigung, durch weniger Bürokratie und eine konsequente Sparpo-

litik bekommen wir den notwendigen Spielraum für Entlastungen für Wirtschaft und Mittelstand, für Arbeitnehmer und ihre Familien.

Wir brauchen attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen und müssen zur Selbständigkeit ermutigen. Dazu gehört eine Steuerreform, die ihren Namen verdient. Vor allem müssen im internationalen Wettbewerb vergleichbare Bedingungen geschaffen werden. Das Steuerrecht muß einfacher und moderner werden, es muß investitions- und beschäftigungsfreundlicher umgestaltet werden, wenn wir im internationalen Wettbewerb um Investitionen attraktiv bleiben wollen. Deutschland braucht eine Reform von Einkommen- und Körperschaftsteuer mit einer deutlichen Senkung der Steuersätze für alle und einer spürbaren Nettoentlastung noch vor dem Wahljahr 2002. Die rot-grüne Steuerpolitik greift zu kurz. Auch dürfen steuerliche Vergünstigungen nicht einseitig zu Lasten von Investitionen und Arbeitsplätzen abgebaut werden. Die Gewerbebeertragsteuer wollen wir mittelstandsfreundlich senken und langfristig abschaffen. Den Solidaritätszuschlag wollen wir weiter zurückführen. Ökosteuern sind kein Ersatz für strukturelle Reformen und im nationalen Alleingang schädlich.

Wir müssen den Sozialstaat leistungsfähig und bezahlbar halten, der Solidarität ebenso wie Eigenverantwortung mobilisiert. Wir müssen den sozialen Ausgleich sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren, damit angesichts des Wandels niemand zurückbleiben muß. Wir müssen Antworten auf die demographi-

Städtebauförderung zur Stützung der Baukonjunktur verstärken

In einem bemerkenswerten Akt der Verleugnung vieljähriger Oppositions-Grundsätze hat Rot-Grün einen CDU/CSU-Antrag nach Aufstockung der Städtebauförderung von 300 Mio. DM im parlamentarischen Fachausschuß abgelehnt. Dazu erklärte der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Ausgerechnet in der gleichen Woche, in der die Bauwirtschaft einen weiteren Beschäftigungsabbau um 50.000 Arbeitnehmer prognostiziert und in der ein Steuergesetz den Bundesrat passieren soll, das zu einem Mietwohnungsbau-Einbruch führen wird, lehnt die Koalitionsmehrheit jede Haushaltsinitiative zur Verstärkung der Investitionspulse im Städtebaubereich ab.

Die CDU/CSU-Wohnungspolitiker haben im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen aus Anlaß der Mitberatung des 99er Bundeshaushaltentwurfs einen Antrag angebracht, der

die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung um insgesamt 300 Mio. DM verstärken soll. Und zwar sollten die Zuweisungen im früheren Bundesgebiet von 80 Mio. DM (Regierungsentwurf) auf 280 Mio. DM und in den neuen Ländern von 520 Mio. DM auf 620 Mio. DM (jeweils Verpflichtungsrahmen) erhöht werden.

Die Fördermittel werden in Westdeutschland für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, in den neuen Ländern darüber hinaus für Denkmalschutz und Wohnumfeldverbesserungen eingesetzt. Dabei werden zum Bundesanteil noch die Finanzierungsanteile von Ländern und Gemeinden in jeweils gleicher Höhe hinzukommen, so daß mit einem Finanzierungsanstoß der öffentlichen Hände von zusätzlichen ca. 900 Mio. DM ein Investitionsimpuls für die Privatwirtschaft, insbesondere den baugewerblichen Mittelstand, in etwa 8-facher Höhe der Fördermittel gegeben werden könnte.

schen Veränderungen und Herausforderungen aus der Arbeitslosigkeit geben. Zugleich muß es Ziel sein, den gesamten Sozialversicherungsbeitrag wieder auf unter 40 Prozent zu senken. Die Belastungen werden wir ohne ein Mehr an eigenverantwortlicher privater Vorsorge nicht schultern können. Der Weg in die Vergangenheit durch das Zurückdrehen von Reformen wird dem nicht gerecht. Wir brauchen den Mut und die Bereitschaft zur Veränderung tradiertter Besitzstände und Regelungen. Fortschritt in die Zukunft statt Rückschritt in die Vergangenheit sichert Wachstum,

Beschäftigung und Wohlstand für alle. Ideen aus der ideologischen Mottenkiste helfen dem Standort Deutschland im Zeitalter der Globalisierung nicht weiter. Die Bundesregierung ist gefordert, nicht nur von einer modernen Politik zu reden, sondern auch entsprechend zu handeln. Steuererhöhungen und Reformrücknahmen sind kein Ersatz für notwendige Strukturreformen. Es gibt keine Alternativen und kein Ausweichen. Auch die Prognosen Ihres Jahreswirtschaftsberichtes zeigen, daß Sie mit Ihrer Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gescheitert sind. ■

Kurt Biedenkopf:

In Sachsen wird kein Chaos ausbrechen

Wir beraten heute unter den Tagesordnungspunkten 1 und 2 zwei Steuergesetze, das Steuerentlastungsgesetz und die ökologische Steuerreform. Unter Tagesordnungspunkt 1 beraten wir ein Gesetz, von dem wir wissen, daß es wieder geändert werden muß, weil es so offenbar nicht durchführbar ist oder jedenfalls nicht durchgeführt werden soll; denn die Einnahmen aus dem Steuerentlastungsgesetz, mit denen die Entlastungen finanziert werden sollen, sind ungewiß. Es gibt keinerlei Sicherheit über das behandelte Gesetz und vor allem den weiteren Verlauf der Gesetzgebung.

Das ursprüngliche Ziel des Gesetzes war nach Äußerungen des bisherigen Finanzministers, das Volk um gut 20 Milliarden DM zu entlasten, nachdem in der Zeit von 1990 bis 1996 – so der bisherige Finanzminister – die Wirtschaft um 50 Milliarden DM entlastet worden sei.

Ich möchte hierzu nur anmerken, daß ein wesentlicher Teil dieser sogenannten Entlastung gewährt wurde, um den Aufbau Ost zu finanzieren, und daß ich es als irritierend empfunden habe, daß die mit der steuerlichen Entlastung verbundene Zielsetzung „Aufbau Ost“ in die Begrifflichkeit „Schlupflöcher“ gebracht wurde.

Durch die Entlastung mit dem jetzigen Steuerentlastungsgesetz war nicht nur angestrebt, Herr Kollege Müller, mehr Gerechtigkeit walten zu lassen – darüber wäre noch zu rechten -, sondern auch die Kaufkraft zu stärken. So wurde das Steu-

erentlastungsgesetz jedenfalls begründet, weswegen man die Entlastungsmaßnahmen zum Beispiel im Bereich des Kindergeldes vorgezogen hat, deren Deckung jetzt durch das Steuerentlastungsgesetz mit bezweckt ist.

Es ist interessant – auch für unsere Lage hier im Bundesrat –, daß nach der Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes durch den Bundestag Nachbesserungen in

Aus der Rede des sächsischen Ministerpräsidenten zum Steuerentlastungsgesetz und zur ökologischen Steuerreform am 19. März im Bundesrat

Aussicht gestellt worden sind, wohlgemerkt: **nach** der Verabschiedung, nicht **vorher**. Auch dies wurde vom bisherigen Finanzminister angekündigt.

Nach Äußerungen des Bundeskanzlers soll im Rahmen der Unternehmenssteuerreform nachgebessert werden, wenn es sich als notwendig erweist, wobei ich anmerken möchte, daß es mich etwas gewundert hat, daß wir lesen konnten, die Unternehmenssteuerreform solle im Rahmen des Bündnisses für Arbeit mit den Arbeitgeberern, den Gewerkschaften und der Bundesregierung beraten werden.

Herr Kollege Clement hat gesagt, wenn nötig, müßten Korrekturen durchgeführt werden. Sie, Herr Kollege Müller, haben festgestellt, daß es in diesem Gesetz, so wie Sie es bisher sehen, keine Repara-

turmöglichkeiten, gebe. Aber Sie haben auch geäußert: Wenn Sie die Schätzungen der Industrie gekannt hätten, hätten Sie den Gesetzeswerk im Kabinett nicht zugestimmt.

Herr Kollege Eichel hat gesagt, es sei trotz alledem notwendig, dem Gesetz heute im Bundesrat zuzustimmen, weil anderenfalls Chaos für den Bundshaushalt und die Länderhaushalte drohte. Was den Haushalt des Freistaates Sachsen angeht, so kann ich Herrn Kollegen Eichel, den zukünftigen Finanzminister, beruhigen: Bei uns wird kein Chaos ausbrechen. Was den Zustand des Bundshaushalts angeht, kann ich mich eigentlich nur auf die öffentliche Berichterstattung stützen. Dort ist der Begriff Chaos von links bis rechts häufig benutzt worden.

Wir beraten unter TOP 2 ein Gesetz, das sich fälschlicherweise als Ökosteuergesetz oder ökologische Steuerreform bezeichnet wird. Sie haben, Herr Bundesminister Müller, dazu eben ausführlich Stellung bezogen. Das Gesetz ist in Wirklichkeit – und deshalb auch zutreffender so charakterisiert – eine indirekte Besteuerung des Energieverbrauchs mit Ausnahme der energieintensiven Bereiche. Das heißt, es ist im Grunde genau das Gegenteil. Dort, wo viel Energie verbraucht wird, wird Steuer erhoben – so kann man das vereinfacht sagen –, zur Finanzierung der Rentenversicherung.

Ausdrücklich abgelehnt

Das ist insofern ein bedeutsamer Vorgang – nicht nur für die Steuergesetzgebung, sondern auch für die Sozialgesetzgebung –, als damit der Weg zu einer Steuerfinanzierung der Alterssicherung fortgesetzt wird, obwohl die Regierung immer wieder betont, daß sie keine Steuerfinanzierung der Alterssicherung wolle. Das wird ausdrücklich abgelehnt.

Viel wichtiger ist aber noch, Herr Kollege Müller, daß eine Besteuerung des Energieverbrauchs aus ökologischen Gründen eigentlich bestrebt sein muß, die Steuereinnahmen nachhaltig abzusenken. Das heißt, wenn der Zweck des Gesetzes in einer ökologischen Steuerung besteht darin, durch Steuern zu steuern, dann muß es das Ziel des Gesetzgebers sein, mit dieser Steuer den Energieverbrauch und damit auch die Steuereinnahmen zu verringern. Man kann aber mit einem Gesetz, dessen angebliches Ziel darin besteht, die Steuereinnahmen zu verringern, nicht die Rentenversicherung finanzieren.

Schlicht eine neue Energiesteuer

Man muß sich also überlegen, was man will: In bezug auf die Rentenversicherungsfinanzierung und damit die Absenkung der Beiträge auf 19,8 oder 19,4 Prozent muß ich an einer Konstanz der Steuereinnahmen interessiert sein. Dann kann ich diese Steuereinnahmen aber nicht mit einem ökologischen Adjektiv verbinden, sondern dann ist es schlicht eine Energiesteuer, also eine indirekte Besteuerung. Wenn ich eine ökologische Steuer will, muß ich sie im Wege eines Regelkreises einsetzen. Das heißt, ich muß dafür Sorge tragen, daß die Steuer so nachhaltig ist, daß das Verhalten der Leute beeinflußt wird.

Sie, Herr Kollege Müller, haben den Leuten eben Ratschläge dafür gegeben, indem Sie gesagt haben, dann sollen sie weniger Auto fahren. Dann werden aber weniger Steuer eingenommen. Wie stellt sich die Bundesregierung das in bezug auf die Absenkung der Beiträge vor? Oder müssen wir davon ausgehen, daß auch das eine Form der Inanspruchnahme von Steuerschlupflöchern ist, wenn die Leute weniger Auto fahren und damit weniger Geld in die Kasse bringen, das benötigt wird, um die Rentenbeiträge abzusenken? ■

Erwin Teufel:

Diese Reform ist auf Umverteilung angelegt

Es liegt so klar auf der Hand, was heute gefordert ist, um Innovationen und Investitionen zu fördern und damit Arbeitsplätze zu schaffen: Unsere Unternehmen, die auf dem Binnenmarkt und auf allen Märkten der Welt einem harten Wettbewerb ausgesetzt sind, brauchen gleiche Rahmenbedingungen, gleiche Steuersätze und gleiche Wettbewerbsbedingungen wie die Wettbewerber, mit denen sie täglich konkurrieren. Wir brauchen verbesserte Investitionsbedingungen für private Unternehmen.

Die vorliegenden Gesetze bringen das Gegenteil: eine zusätzliche Belastung. Herr Kollege Clement, nicht ohne Grund sind die Gesetze in gemeinsamer Beratung zusammengefaßt. Nehmen Sie beide! Dann können Sie nicht mehr von einer Entlastung der Wirtschaft sprechen, sondern müssen von einer zusätzlichen Belastung reden. Sie haben in Ihren ersten Sätzen gesagt: Das entscheidende Kriterium ist, was am Ende herauskommt. Am Ende kommt nach allen Berechnungen eine Belastung der Wirtschaft – vom Handwerk über den Handel, die freien Berufe bis zum Mittelstand und zu den Großunternehmen – heraus.

Sie wissen das auch, liebe Kollegen aus den sozial-demokratisch regierten Ländern. Zur Begründung, Herr Kollege Clement, warum sie dem Gesetz mit gutem Gewissen zustimmen könnten, sagten Sie nicht etwa, daß Sie die Teile davon für Zustimmungswürdig hielten, sondern Sie nannten als einzige Begründung: Ich habe das Wort des Bundeskanzlers und sogar

das Wort des bisherigen Bundesfinanzministers, daß es baldmöglichst wieder korrigiert wird.

Auf der einen Seite werden mit der Verabschiedung des Gesetzes heute Belastungen kodifiziert, und auf der anderen Seite wird das „Prinzip Hoffnung“ ausgerufen. Was ist das für eine Politik? Sie sagen hinter vorgehaltener Hand – und viele Kollegen sagen es zunehmend öffentlich –, daß

Aus der Rede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten zum Steuerentlastungsgesetz am 19. März im Bundesrat

Sie den Gesetzen, den negativen Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung, dem Wust an Bürokratie genauso kritisch gegenüberstehen wie wir.

Sagen Sie heute bitte nicht: Augen zu und durch! Wir wollen alles später ändern. – Es ist eine Sackgasse, in die Sie hineinmarschieren. Machen Sie eine Denkpause! Stimmen Sie mit uns für die Anrufung des Vermittlungsausschusses! Wir sind dort kooperationsbereit bei der Suche nach wirtschaftsfreundlichen Lösungen, die Beschäftigung begünstigen und neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist doch auch Ihr Anliegen. Sie wissen, daß dieses Ziel mit den Gesetzen nicht erreicht wird, sondern das Gegenteil.

Das Steuerentlastungsgesetz ist inhaltlich unzureichend. Das strukturelle Hauptproblem des Gesetzes ist die völlig einseitige Belastung der Wirtschaft und des Mittel-

standes bei der Gegenfinanzierung. Die sehr starken Belastungen der Wirtschaft erfolgen sofort, Entlastungen kommen, wenn überhaupt, erst Jahre später. Per saldo aber wird die Wirtschaft letztlich mit über 10 Milliarden DM belastet.

Nur unter massivem Druck war die Bundesregierung zur Beibehaltung der Teilwertabschreibung bereit, allerdings mit wesentlichen Einschränkungen. Es werden im gleichen Zug durch die Einführung eines strikten Wertaufholungsgebots und der Umkehr der Beweisführung zu Lasten des Unternehmens wieder neue Unsicherheiten für den Verwaltungsvollzug geschaffen.

Immer noch nicht endgültig geklärt ist die Frage der Besteuerung der Rücklagen von Versicherungsunternehmen und Energieversorgungsunternehmen. Bekommen sie eine Obergrenze der Belastung, wie es der Bundeskanzler in Gesprächen angeblich garantiert hat? Wie verträgt sich dieser Rabatt mit dem Wortlaut des Gesetzes? Wir wollen eine Änderung der Belastung jetzt. Bleibt es nämlich bei der vorgesehenen Regelung, drohen Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland und Arbeitsplatzverluste.

Mit der Abschaffung des halben Steuersatzes für Veräußerungs- und Aufgabengewinne wird bei Selbständigen künftig ein großer Teil der Früchte des beruflichen Lebenswerkes wegversteuert. Bei einer Betriebsveräußerung mit einem Gewinn von 300.000 DM müssen nun rund 60.000

DM mehr an Einkommensteuer gezahlt werden als bislang. Diese Mittel fehlen dem einzelnen Unternehmer für seine Altersversorgung, auf die er gebaut hat.

Die sogenannte Mindestbesteuerung führt im ohnehin nicht einfachen Steuerrecht zu einer bisher nie dagewesenen Kompliziertheit und zu erheblich mehr Verwaltungsaufwand bei Firmen und Finanzämtern.

Entsprechendes gilt für die Halbierung des Sparerfreibetrags. Auch dies geht zu Lasten einer eigenständigen Altersversorgung, von deren Notwendigkeit wir doch zunehmend überzeugt sind.

Aus vermögenspolitischer Sicht ebenso kritisch zu werten ist die Abschaffung des Vorkostenabzugs bei eigenheimzulagebegünstigten Wohnungen. Belastet werden diejenigen, die sich keinen Neubau leisten können und auf einen Wohnungserwerb aus dem Altbestand angewiesen sind, also junge Familien und Menschen mit einem geringen Einkommen.

Fazit: Das Steuerentlastungsgesetz schafft keine Steuervereinfachung, es schafft auch nicht mehr soziale Gerechtigkeit, es gefährdet weitere Arbeitsplätze. Diese Reform ist auf Umverteilung angelegt. Nötig wären statt dessen verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen zugunsten eines investitionsfreundlichen Klimas; denn nicht die Bundesregierung schafft Arbeitsplätze, sondern die einzelnen Unternehmen.

Die Mitglieder anschreiben und fragen

Zu unserer Aktion Mitgliederwerbung haben wir eine wichtige Anregung erhalten:

Man sollte nicht nur aktiv um Neumitglieder werben, sondern sich auch intensiver, als das bisher der Fall war, um diejenigen kümmern, die ihren Parteiaustritt erklären. Sie sollten angeschrieben und zum

Bleiben bewogen werden. Man sollte sie nach den Gründen für den Austritt fragen, um daraus Ansätze zu gewinnen, mit denen sie sich zum Bleiben überzeugen lassen. Zumindest läßt sich aus solchen Gründen lernen, wie man Fehler vermeidet, die die Bereitschaft zum Mitmachen nehmen könnten.

Die Steuerreform verhindert Beschäftigung in NRW

Die Steuergesetze der rot-grünen Koalition in Bonn, die maßgeblich von NRW-Finanzminister Schleußer vorbereitet wurden, werden Nordrhein-Westfalen besonders nachhaltig schädigen. NRW, mit knapp 18 Mio. Einwohnern das bevölkerungsreichste Bundesland, erwirtschaftet ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (zum Vergleich: Bayern 17 %, Niedersachsen 8,7 %). Die massiven Steuerbelastungen werden sich negativ auf die Wertschöpfung und damit auf die Beschäftigungssituation auswirken.

Verlierer der sog. Steuerreform sind Bürger, Unternehmer und Betriebe. Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern belegen, daß die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendigen Investitionen zum Teil zurückgestellt werden. Erstmals seit langem überwiegen wieder die negativen Stimmen in bezug auf den weiteren konjunkturellen Verlauf in NRW. Der Anteil der Betriebe, die von einem Abbau ihrer Belegschaft ausgehen, hat sich von 33 % auf 36 %, im industriellen Bereich sogar auf 41 % seit 1998 erhöht. Hinter diesen Prozentzahlen stehen insgesamt 7,2 Mio. Beschäftigte.

1. Bürger im Steuerzugriff des Fiskus

Die Entlastung der erwerbstätigen Bürger und Familien durch die geringe Senkung der Steuersätze bei der Einkommensteuer und die Erhöhung des Kindergeldes wird durch Mehrbelastungen bei der Öko-Steuer neutralisiert; Arbeitslose, Rentner, Studenten und Menschen ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wer-

den zusätzlich belastet. Beispiel: Eine 4-köpfige Familie mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von ca. 70.000 DM wird Mehrkosten von 300 DM allein für Energie zu verkraften haben.

2. Mittelstand getäuscht

Die Behauptung, Steuerentlastungsgesetz und die Ökosteuer seien mittelstandsfreundlich ausgerichtet und enthielten eine geschätzte Entlastung von rd. 5 Mrd. DM täuscht über die wahren Belastungen: Was von „Schätzungen“ des BMF zu halten ist,

**Von Friedrich Merz,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

haben die Gespräche mit den Energieversorgern und der Versicherungswirtschaft gezeigt, die ihn zum Rückzug seiner Zahlenbasis veranlaßt haben. Als Hauptentlastungspunkt wird die eingeschränkte Beibehaltung der Teilwertabschreibung propagiert, die jedoch bei näherem Hinsehen fast dem ursprünglich beabsichtigten Verbot der Teilwertabschreibung gleichkommt.

Denn nunmehr muß der Steuerpflichtige beweisen, daß eine dauernde Wertminderung vorliegt; dies wird in vielen Fällen nicht gelingen, vor allem nicht beim Umlaufvermögen (Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Kassenbestände und Wertpapiere).

Im übrigen treffen die Maßnahmen zur „Objektivierung der Gewinnermittlung“ alle buchführungspflichtigen Unterneh-

mer, das sind immerhin fast 200.000 (von insgesamt 600.000 Unternehmern) in Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Clement muß sich diese Verschlechterungen zurechnen lassen, weil sie fast ausschließlich auf die von seinem Finanzminister Schleußer erarbeitete Liste zurückgehen. Allein diese Gegenfinanzierungsmaßnahmen ergeben rd. 17 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen und damit fast 50 % der Summe aller Gegenfinanzierungsmaßnahmen (35,7 Mrd. DM) im sog. „Steuerentlastungsgesetz“.

Die rot-grüne Koalition behauptet, daß die Senkung der Unternehmensteuersätze auf 35 % der Wirtschaft noch „günstigere Entlastungsperspektiven“ eröffnet. Hierzu Ministerpräsident Clement in seinem Brief vom November '98 an den Bundeskanzler: „Auch für die Personenunternehmen wird - mit Ausnahme der wenigen großen und gewinnstarken Unternehmen - die neue rechtsform-neutrale Unternehmensteuer keine Verbesserung bringen.“ Hierzu muß man wissen, daß in Deutschland und auch in NRW Personenunternehmen 90 % aller Unternehmen sind. Nur 10 % sind Kapitalgesellschaften.

3. Arbeitsplätze beim Braunkohlentagebau und in der Energiewirtschaft gefährdet

Bei Garzweiler II stehen 10.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel, wenn es nicht zur Durchführung des Projekts kommt. Die NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn meint, durch die Besteuerung der aufzulösenden Rückstellungen bei Rhein-Braun in Höhe von 3 Mrd. DM, ergebe sich keine Auswirkung auf die Investitionen. Sie scheint nicht verstanden zu haben, worum es bei den Rückstellungen für Sachleistungsverpflichtungen geht. Dies sind Mittel, die für die spätere Rekultivierung benötigt werden, und haben mit Steuervorteilen oder Subventionsvorteilen nichts zu tun.

4. Versicherungen, Geschädigte und Versicherte zusätzlich belastet

NRW ist ein bevorzugter Standort großer Versicherer. Hier haben mit 76.000 Beschäftigten mehr als ein Viertel aller deutscher Versicherungsunternehmen ihren Sitz. Das Abzinsungsgebot für Sachleistungsverpflichtungen „kostet“ die Versicherer in NRW zusätzlich rd. 2 Mrd. DM an Steuerzahlungen (bundesweit rd. 8,75 Mrd. DM).

Andere Maßnahmen im Bereich der Schadenrückstellungen führen zu Steuermehrzahlungen von rd. 5 Mrd DM (20 Mrd. DM bundesweit).

Diese zusätzlichen Belastungen werden über höhere Versicherungsprämien bei vielen Millionen Bürgern, durch geringere Leistungen bei tausenden Geschädigten und auch über Arbeitsplatzabbau kompensiert werden müssen.

5. Diskriminierung der weltweit operierenden Chemieunternehmen

Die chemische Industrie ist in NRW der Wirtschaftsfaktor Nummer eins (151.000 Beschäftigte; Jahresumsatz über 78 Mrd. DM, von denen im Inland nur etwas mehr als die Hälfte - 42,8 Mrd. DM - erzielt werden). Damit liegt das Bundesland NRW auf dem dritten Platz in Europa hinter Frankreich (250.000 Beschäftigte) und Großbritannien (236.000 Beschäftigte). Elf der 40 größten Unternehmen der chemischen Industrie Deutschlands sind in Nordrhein-Westfalen ansässig. Hier spielt der Mittelstand eine besonders wichtige Rolle: rd. 80 % der Unternehmen haben weniger als 300 Beschäftigte.

Durch die Neuregelung der Besteuerung von Gewinnen, die im Ausland erzielt werden, müßte beispielsweise Bayer für die aus den USA nach Deutschland aus-

geschüttete Dividende zunächst in den USA Körperschaft- und Quellensteuer zahlen. Ein Teil dieser Dividenden (15 %) würde künftig in Deutschland noch einmal einer Ertragsteuer von rd. 50 % unterliegen, die beim deutschen Aktionär nicht auf seine Steuerschuld anrechenbar ist. Schließlich muß auch der Aktionär in den USA für die Dividende der Bayer AG noch private Einkommensteuer bezahlen. Durch diese Regelung wird das deutsche Unternehmen für Kapitalanleger uninteressant. Betroffen ist davon letztlich die Attraktivität Deutschlands als Standort für international tätige Unternehmen. Sie werden andere Standorte bevorzugen, von denen das Nachbarland Niederlande günstige steuerliche Bedingungen bietet.

6. Bundesregierung kalkuliert Ausweichreaktionen ein

Wenn dann Landesregierung und Bundesfinanzministerium behaupten, die steuerlichen Auswirkungen seien u. a. deshalb geringer, weil man von einem sogenannten „reaktionsbedingten Abschlag von 30 %“ ausgehen müsse, ist dies ein Skan-

dal: Die rot-grüne Regierung geht offenbar selbst davon aus, daß es durch ihre Gesetze zu einem Vertreibungseffekt von Arbeitsplätzen kommt.

7. CDU fordert schlüssiges Gesamtkonzept

Die positiven Auswirkungen für die unselbständig Beschäftigten durch Steuersenkung und Kindergelderhöhung stellen wir nicht in Frage. Aber wir kritisieren, das ungerechte und unsoziale Steuerreformpaket, weil es Arbeitsplätze aus NRW vertreibt. Deshalb haben wir die Mitglieder der Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat diesen Gesetzen nicht zuzustimmen.

Stattdessen soll ein Gesamtkonzept vorgelegt werden, das die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Familienentlastung und die notwendige Senkung der Steuerbelastung für alle Bürger und Betriebe berücksichtigt. Nur dadurch lassen sich die steuerlichen Rahmenbedingungen für neue Investitionen verbessern und NRW nicht zu einem Absteigerland werden.

Staatsamt zum 'Bettel' gemacht

Zum Abgang von Lafontaine aus dem Ministeramt erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Josef Laumann:

Man mag sich darüber freuen oder auch nicht, daß Lafontaine nun nicht mehr Finanzminister ist. Die skandalöse Art und Weise jedoch, wie er „den Bettel hingeschmissen“ hat, kann nur jeden, der unseren Staat und seine Spielregeln bejaht, in Harnisch bringen. Dies vor allem auch im Respekt den Bürgern gegenüber. Sie haben un-

bedingten Anspruch darauf, daß Politiker selbst in niedrigeren Rängen als Oskar Lafontaine - er war immerhin Bundes-Superminister und Bundesvorsitzender der größten und ältesten demokratischen Partei Deutschlands - dieselbe Sensibilität und dieselbe Achtung dem Gemeinwesen und seinen Institutionen entgegenbringen, die man ihnen, den Bürgern, abverlangt.

Jeder Arbeitnehmer, der in Lafontainischer Manier diese Art Arbeitsverweigerung betrieben hätte, wäre fristlos gefeuert worden.

Jürgen Rüttgers:

Clement verspielt die „Neue Mitte“

Anlässlich einer Pressekonferenz zu den Auswirkungen der Steuergesetze der rot-grünen Koalition in Bonn für Nordrhein-Westfalen, erklärte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, in Düsseldorf:

1. Die Zustimmung von Ministerpräsident Clement im Bundesrat zu den rot-grünen Steuergesetzen, der Öko-Steuer und der Neuregelung der 630-Mark-Jobs ist wieder ein Beispiel dafür, daß Clement in Bonn keinen Einfluß hat. Brandbriefe an Bundeskanzler Schröder schreiben, mit immer neuen Steuervorschlägen Schlagzeilen produzieren, aber dann einknicken, wenn es ernst wird, das ist Buckeln vor der Macht und zeigt die ganze Ohnmacht dieses selbsternannten „Machers“.

2. Es soll Leute geben, die geglaubt haben, wenn sie auf Clement setzen, könne man Schlimmeres in Bonn verhindern. Sie wissen nun, auf Clement ist kein Verlaß. Seine wirtschaftsfreundlichen Erklärungen auf IHK-Neujahrsempfängen und Wirtschaftstagungen sind nichts anderes als Sonntagsgesprächen. Wenn es darum geht, der nordrhein-westfälischen Wirtschaft konkret zu helfen, um neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, fällt

Clement den Betrieben regelmäßig in den Rücken. Das Projekt „Die Neue Mitte“ scheiterte am Freitag im Bundesrat.

3. Clement schadet mit seinem Ja im Bundesrat zu den rot-grünen Steuergesetzen, zur Öko-Steuer und zu der Neuregelung der 630-Mark-Jobs den Interessen des Landes und seinen Bürgern. Clement hat selbst auf der Jahrestagung der Arbeitgeberverbände im letzten Jahr erklärt, daß eine höhere Besteuerung der Energie in Nordrhein-Westfalen bis zu 400.000 Arbeitsplätze gefährde. Jetzt stimmt er der Öko-Steuer zu, mit der ab dem 1. April die Bürger und die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen geschröpft werden.

4. Es ist schon ein Akt der Ohnmacht, daß Clement zulassen mußte, daß sein eigener Finanzminister Schleußer große Teile des wirtschaftsfeindlichen Steuerpakets der rot-grünen Koalition in Bonn zugeliefert hat. Entweder hat Schleußer dies hinter dem Rücken von Clement gemacht, dann ist das schon schlimm genug, zeigt es doch, daß Clement nicht einmal sein eigenes Kabinett im Griff hat, oder Clement wußte davon, dann ist das eine arglistige Täuschung der Menschen in unserem Lande.

Deutschland *modern* und *innovativ* gestalten

So lautet der Titel des Wirtschaftskongresses, zu dem Generalsekretärin Angela Merkel und Bernd Neumann, Landesvorsitzender der Bremer CDU, eingeladen haben. Der Kongreß findet am **14. April** im Maritim Congreß Centrum in **Bremen** statt. Der Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, wird zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zukunft sprechen.

Wann und wie geht es weiter mit der Wohngeldnovelle?

Der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy, zu den parlamentarischen Beratungsperspektiven einer Wohngeldreform:

Wenn die rot-grüne Koalition es wirklich ernst meint mit einer Wohngeldnovelle, die noch in diesem Jahr beim Mieter ankommt, dann muß sie jetzt Farbe bekennen. Wir werden jedenfalls noch im April auf einen Beratungsabschluß in den parlamentarischen Ausschüssen über den CDU/CSU-Antrag drängen, der die Eckpunkte einer gesamtdeutschen Novelle festhält und ein Inkrafttreten zum Herbst dieses Jahres zum Ziel hat.

Ich befürchte aber, daß Rot-Grün sowohl innerhalb der Bundesregierung wie zwischen den Koalitionsfraktionen noch völlig zerstritten ist über den Finanzrahmen für eine Wohngeldanpassung und dessen „Gegen-Finanzierung“. Das Koalitionstheater (Mieterbund: „Chaos ohne Ende“, Wohnungswirtschaft: „Das Wohngeld-Debakel“) wird mindestens noch einen vierten Akt erfahren. Zur Erinnerung:

1. Akt: In die Haushaltsgespräche geht BM Müntefering mit der Forderung nach 750 Mio. DM („Untergrenze“) und kommt im Januar mit leeren Händen zurück.

2. Akt: Die SPD-Wohnungspolitiker versuchen seit Ende Januar eine Festlegung ihrer Fraktion herbeizuführen auf eine Wohngeldreform, deren Finanzbedarf nach einem selbst eingeholten Gutachten mindestens bei etwa 1,5 bis 2 Mrd. DM liegen und jetzt 100%ig gegenfinanziert werden soll: Nämlich einmal aus der Streichung der steuerlichen Vorkostenpauschale für Eigenheimerwerber, zum ande-

ren durch eine Absenkung der Einkommensgrenzen im Eigenheimzulagengesetz auf 90.000 DM/180.000 DM (derzeit: 120.000 DM/240.000 DM). Offenkundig folgte die SPD-Fraktion am 22. Februar diesen Vorschlägen noch nicht, schließt aber auch noch nichts aus; auch bei der Terminplanung weicht man aus (in der Presseerklärung ist jetzt von „Absprache mit den SPD-regierten Bundesländern“ und Wirksamkeit „nach Möglichkeit“ noch in diesem Jahr die Rede).

3. Akt: Die rot-grünen Wohnungspolitiker beantragen daraufhin am 24. Februar zum Steuerentlastungsgesetz im Bundestags-Fachausschuß, die erwähnte Vorko-

Die CDU/CSU sagt ein klares Nein zu einer rot-grünen Neuorientierung der Wohnungspolitik, die ein höheres Wohngeld im wesentlichen durch Abbau der Eigenheimförderung betreiben möchte.

stenpauschale wenigstens teilweise für eine Wohngeldnovelle „im Rahmen eines Vermerks“ zu verwenden, behaupten, dies sei mit den Finanzpolitikern abgestimmt; der Antrag bleibt jedoch eine Luftnummer.

Die Unionsfraktion wird die nicht mehr zu übersehenden Meinungsdivergenzen innerhalb der Bundesregierung nicht mit der politischen Häme beantworten, mit der die damalige Opposition die gesetzgeberischen Anläufe von Töpfer und Oswald zu deckte. Wir signalisieren aber rechtzeitig unser klares Nein gegenüber einer rot-grünen Neuorientierung der Wohnungspolitik.

Ökosteuer belastet die kommunalen Haushalte

Der Vorwurf, daß die „Ökosteuer“ die kommunalen Haushalte belastet, hat sich inzwischen durch Untersuchungen in einzelnen Städten und Gemeinden bestätigt.

So hat die Stadt Münster berechnet, daß sich die zusätzlichen Kosten im Bereich der Energieversorgung mit Strom, Gas und Heizöl zu Mehrkosten von rd. 1,6 Millionen DM pro Jahr summieren werden. Demgegenüber schlagen die Entlastungen bei den Personalausgaben als Folge der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge nur mit rd. 0,75 Millionen DM zu Buche. Dies ergibt einen Saldo von rd. 0,8 Millionen DM pro Jahr, den die Stadt Münster zur rot-grünen „Ökosteuer“ zuschießen muß. Hierin sind die schwieriger zu quantifizierenden mittelbaren Auswirkungen

wie zum Beispiel die erhöhten Heizkosten bei den Sozialhilfeempfängern noch nicht berücksichtigt.

Die Stadt Münster spricht von einer erheblichen zusätzlichen Dauerbelastung. Diese Belastung dürfte durch die von Rot-Grün angestrebte 2. und 3. Stufe der Erhöhung der Energiesteuern noch einmal drastisch weiter ansteigen.

Peter Götz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Angesichts der angespannten Finanzsituation der kommunalen Haushalte sind die Städte und Gemeinden gezwungen, die Belastungen an die Bürger und Familien weiterzugeben oder Leistungen zu kürzen. Letztlich zahlen also die Bürger die Zeche für Rot-Grün.

die höheres Wohngeld im wesentlichen durch Abbau der Eigenheimförderung betreiben möchte oder - wie Lafontaine in den Haushaltsgesprächen - durch Einschnitte bei der sozialen Wohnungsbauförderung.

Es geht uns auch nicht darum, die Bundesregierung zu einem unangemessenen Arbeitstempo zu verleiten. Es waren vielmehr Kanzler und Vizekanzler selber, die Versprechungen vor der Bundestagswahl auch hinsichtlich des Zeitplans machten.

Bundeskanzler Schröder im August

1998: „Die Wohngeldreform steht auf der Agenda einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ganz oben. Wir werden sie so schnell wie möglich umsetzen, um die jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung endlich zu beenden. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Mini-

Reform mit 250 Mio. DM hätte das Problem nicht gelöst.“

Vizekanzler Fischer zur selben Zeit:

„Die Schere zwischen Einkommen und Mieten hat sich insoweit geöffnet, daß eine Anhebung des Wohngeldes umgehend erforderlich ist. Am liebsten zum 1. Januar 1999, spätestens zum 1. Juli 1999 wird es unter einer rot-grünen Regierung eine Wohngeldreform geben.“

Am 1. April jedenfalls werden die Mieter noch nicht beim Wohngeld, sondern nur bei der Erhöhung der Wohnnebenkosten eine klare Botschaft von der Bonner Koalition bekommen. Durch das sog. Ökosteuergesetz werden gerade die bedürftigen Bezieher von Transfereinkommen belastet, die dies nicht durch Entlastungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen kompensieren können. ■

Wahlstatistik: Die hessische CDU ist bei den Jungwählern die Nummer 1

Die CDU hat bei der hessischen Landtagswahl unter jungen Wählern über zehn Prozent zulegen können und ist in der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen mit 43 Prozent stärkste Partei geworden. Dies geht aus der repräsentativen Wahlstatistik zum 7. Februar hervor, die das Statistische Landesamt jetzt in Wiesbaden vorgelegt hat.

Der Anteil der Grünen bei den unter 35jährigen halbierte sich auf rund zehn Prozent. Den größten Stimmenanteil verbuchte die Ökopartei mit 12,9 Prozent bei den 35- bis 44jährigen. Nach Angaben der Statistiker hat die CDU

bei den Männern mit einem Plus von 6,1 Prozent deutlich stärker zugelegt als bei den Frauen. Hier betrug der Stimmenzuwachs 4,1 Prozent. Ähnlich wie die Grünen, wenn auch nicht im gleichen Umfang, hat die SPD bei den Jung- und Erstwählern Stimmen eingebüßt. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten liegt nach einem Minus von 2,2 Prozent in dieser Altersgruppe nun noch bei 30,8 Prozent.

Zur Verbesserung des SPD-Gesamtergebnisses trugen fast ausschließlich die weiblichen Wähler bei. Insgesamt lag der Stimmenanteil der Partei unter den Frauen bei 40,8 Prozent.

Eiertanz bei den Studiengebühren

Anlässlich des ersten Gesprächs mit dem neugewählten RCDS-Bundesvorsitzenden Mario Voigt erklärte der Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Die SPD vollführt bei den Studiengebühren einen Eiertanz. In den Bundestagswahlkampf ist die SPD mit dem klaren Versprechen gezogen, in einem Bundesgesetz die Studiengebühren bundesweit auf Dauer zu verbieten. Heute erleben die Studierenden in SPD-regierten Bundesländern jedoch eine andere Realität:

Zunächst hat das mit absoluter SPD-Mehrheit regierte Land Niedersachsen eine Gebühr für das Studium in Höhe von 200 DM pro Student und Jahr ein-

geführt. Neuerdings spricht sich Hannovers Wissenschaftsminister Thomas Oppermann (SPD) eindeutig für Studiengebühren aus. So bekennt er, daß es „langfristig Studiengebühren geben wird“. Er kann sich Studiengebühren in der Größenordnung von 1.000 bis 3.000 DM pro Student und Jahr vorstellen.

Wie die Ruhr-Nachrichten vom 11. März berichten, lehnt nun auch die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) Studiengebühren nicht generell ab. Politischer Richtungswechsel also auch die der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Die Vorgänge in den SPD-regierten Bundesländern zeigen: Ankündigung und Wirklichkeit klaffen bei der SPD weit auseinander.

Klares Profil gewonnen in der Auseinandersetzung mit Rot-Grün

Bei der schleswig-holsteinischen CDU stehen die Signale knapp ein Jahr vor der Landtagswahl am 27. Februar 2000 auf Sieg, Entschlossenheit und Optimismus bei den über 500 Delegierten und Gästen prägten das Bild des Landesparteitages in Pahlen im Kreis Dithmarschen.

Mit klarer Mehrheit bestätigten die Delegierten Peter Kurt Würzbach als Landesvorsitzenden in seinem Amt. Für den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der schleswig-holsteinischen CDU zur Landtagswahl, Volker Rühle, wurde der erste Auftritt auf einem Parteitag in seiner neuen politischen Heimat ein Heimspiel mit stehenden Ovationen.

„In den vergangenen zwei Jahren ist ein solides Fundament für den Wechsel gelegt worden“, hob Peter Kurt Würzbach in seinem Rechenschaftsbericht hervor. „Die Partei ist schlagkräftiger geworden und hochmotiviert.“ Der Landesvorsitzende verwies darauf, daß es gelungen sei, ein klares Profil zu gewinnen und in der politischen Auseinandersetzung mit Rot-Grün die Meinungsführerschaft zu erringen. Bereits mit dem Erfolg bei der Kommunalwahl im März 1998, als die schleswig-holsteinische CDU gegen den Bundestrend Boden gut machen konnte, habe sich gezeigt, daß durch eine realitätsbewußte Politik viele Bürger an „unsere Seite“ geholt werden können. Den Kurs habe die CDU in den vergangenen Monaten erfolgreich fortgesetzt. Das Ergebnis: die schleswig-holsteinische CDU konnte als einziger Landesverband in einem Flächenland zwei Jahre hintereinander Mitgliederzuwächse verzeichnen. „Wir sprechen eine klare Sprache“, rief Würzbach den Delegierten zu. „Deshalb muß es auch weiter heißen: den Schwachen, aber nicht den Faulen helfen, Vorrang dem

Opfer und nicht dem Täter, Umweltschutz mit den Menschen, aber nicht gegen sie, Aufarbeitung der Geschichte - ja, aber pauschale Diskriminierung einer ganzen Generation - nein. Und schon gar nicht im Landeshaus“, so der CDU-Vorsitzende unter dem Beifall der Delegierten zur sogenannten Wehrmachtsausstellung.

„Fisch und Chips“

Der Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Volker Rühle, der sich auf dem Parteitag am 8. Mai - an dem er offiziell als Spitzenkandidat gekürt werden soll - ausführlich zur Landespolitik äußern will, dankte dem Parteitag für den herzlichen Empfang, den er auch im ganzen Land Tag für Tag erlebt habe. Rühes Botschaft: „Ich spüre, wir haben jetzt angesichts der schweren rot-grünen Fehler einen hohen Vertrauensvorschuß. Wichtig ist aber, daß wir jetzt nicht besoffen werden vom Erfolg.“ Rot-Grün sei zwar stehend k.o., gleichwohl aber entschlossen, bis zum Wahltag zu kämpfen. Hart ging Rühle mit den Grünen ins Gericht: „Es gibt viele Ideologen und Opportunisten unter ihnen, aber Dilettanten sind sie alle doch.“ Wie Würzbach machte er deutlich, daß Schleswig-Holstein nur unter einer CDU-geführten Regierung Zukunft habe. „Wenn Schleswig-Holstein nicht nur auf der Landkarte oben sein will, sondern auch politisch, dann muß diese Regierung verschwinden.“ Es ginge um Tradition und Heimatverbundenheit einerseits, um Zukunft und Moderne andererseits. „Fisch und Chips“ sei der Nenner, auf den man dies bringen könne. Angesichts einer rot-roten Konstellation in Mecklenburg-Vorpommern und einer roten in Hannover werde er als Ministerpräsident Schleswig-Holstein „zum Asyl für wagemutige Unternehmer“ machen, kündigte Volker Rühle an. ■

Mehr CDU tut gut

„Mehr CDU tut Bremen gut“ mit diesem Slogan geht die CDU im Lande Bremen in den Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 6. Juni. Ihr Spitzenkandidat Hartmut Perschau erweiterte auf dem jüngsten Parteitag der Weser-Union den Slogan: „Mehr CDU tut Bremen gut. Noch mehr CDU ist noch besser.“ Damit traf er die Stimmung der Delegierten. Er machte deutlich, daß der Aufwärtstrend, der in Bremen und Bremerhaven zu verzeichnen sei, in erster Linie der Politik der vier CDU-Senatoren zu verdanken sei. Mit der Regierungsbildung aus CDU und SPD vor rund vier Jahren sei ein deutlicher Kurswechsel eingetreten.

30 Jahre SPD-Regierungsverantwortung hätten zuvor dramatisch ihre Schulden-Spuren hinterlassen. Einer der Mittelpunkt der CDU-Politik sei deshalb die Konsolidierung der Landesfinanzen gewesen. „Die Konsolidierung unser Finanzen ist die materielle Existenzgrundlage für unsere Selbständigkeit“, rief er den Delegierten zu. Für ein erfolgreiches Abschneiden bei der Bürgerschaftswahl in zweieinhalb Monaten sieht er gute Chancen. „Die Menschen haben gesehen, daß die CDU in der Lokomotive sitzt und die SPD im Bremserhäuschen.“ In seiner mit lang anhaltendem Beifall bedachten Rede stellte er zudem fest: „Wir haben die besseren Kandidaten als die SPD. Wir müssen weiter um Zustimmung und nicht nur um Beifall kämpfen.“

Der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann hatte zuvor die Delegierten eingestimmt. „Eine rot-grüne Koalition ist der Todesstoß für Bremen, das rot-grüne Chaos können wir täglich in Bonn beobachten. Der Rücktritt von Lafontaine hat das Scheitern der Finanz- und Wirtschafts-

politik der Schröder-Regierung offengelegt. In Bonn erleben wir seit vier Monaten nur Murks. Wer in Bremen Rot-Grün verhindern will, der muß CDU wählen.“ Die CDU habe mit Hartmut Perschau im Gegensatz zur SPD einen überaus kompetenten Kandidaten. Bernd Neumann sagte weiter, daß die CDU die bessere Mannschaft habe.

In ihrem Programm bekennt sich die Bremer CDU zum Erhalt der Selbständigkeit des Zwei-Städte-Staates. Die begonnene finanzielle Konsolidierung der Landesfinanzen müsse fortgesetzt werden, damit das 2. Sanierungsprogramm erfolgreich beendet werden könnte. Deshalb sei es das erklärte Ziel, die Einnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu senken. Dazu sei ein strikter Sparkurs mit zum Teil auch schmerzhaften

Spitzenkandidat Hartmut Perschau: Wir müssen um Zustimmung kämpfen, nicht nur um Beifall.

Einschnitten erforderlich. Gleichzeitig müßten die Investitionen weiter angekurbelt werden, damit die Wirtschaftskraft weiter steige. In der jüngsten Vergangenheit seien bemerkenswerte Erfolge erzielt worden, so habe Bremen im Ländervergleich in den letzten Jahren in der Spitzengruppe beim Wirtschaftswachstum gestanden. Im Regierungsprogramm spricht sich die CDU für die weitere Ausweisung von Gewerbeflächen im Stadtstaat aus, darüber hinaus soll eine Existenzgründer- und eine Mittelstandsoffensive neue Arbeitsplätze schaffen.

In der Wissenschaftspolitik streben die Christdemokraten eine stärkere Autonomie der Hochschulen an. Eine intensivere Verzahnung von Wirtschaft und Hochschulen

soll dazu beitragen, daß sich die Hochschulen stärker am realen Bedarf der Wirtschaft orientieren. Große Hoffnungen werden in die Gründung einer internationalen privaten Universität gesetzt. Hiervon verspricht sich die CDU wichtige wissenschafts- und hochschulpolitische Impulse.

Besondere Aufmerksamkeit dürfte ein Punkt aus dem Be-

reich Bildungspolitik erwecken. Die CDU setzt sich nach dem hessischen Vorbild für eine Unterrichtsgarantie ein. Der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzende der Programmkommission Ronald-Mike Neumeyer machte deutlich, warum: „Wir wollen klar signalisieren, daß für uns die Bildung, die Zukunftschancen der Jugend, ein deutlicher Schwerpunkt ist.“ Gefördert werden soll auch die Qualität der Bildung. So werden die Einführung des Zentralabiturs und landesweite Leistungsvergleiche angestrebt.

Sowohl gegen die Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft als auch gegen das Optionsmodell spricht sich die Bremer CDU aus. Wörtlich heißt es im Programm: „Die Integration kann erst am Ende einer gelungenen Integration stehen. Eine klare Entscheidung für Deutschland und die doppelte Staatsbürgerschaft ist dazu unverzichtbar.“

Die bisherige konsequente Politik zur Bekämpfung der Kriminalität und des Drogenhandels soll weitergeführt werden, deshalb ist es das Ziel, noch mehr Polizisten auf die Straße zu bringen.

Neben einer offensiven Politik für ältere Menschen soll auch weiterhin ein bedarfs-



Hartmut Perschau: Wir haben gute Chancen bei der Bürger-schaftswahl. Wir haben die besseren Kandidaten.

gerechtes Angebot an Kindergarten- und Hortplätzen sichergestellt werden. Im Programm wird der hohe Stellenwert der Familie herausgestellt: „Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder in ihrer Familie aufwachsen können. Insbesondere in den ersten drei Lebensjahren brauchen sie den besonderen Schutz und die Geborgenheit der Familie.“

Die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur ist im Programm ebenso zu finden wie das Vorhaben, weitere Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Die CDU verspricht eine weitere Ausweisung von Bauland, um die Abwanderung von Bauwilligen ins Umland zu stoppen.

Das vielfältige und lebendige kulturelle Angebot im Zwei-Städte-Staat soll weiter gefördert werden. Im Mittelpunkt soll dabei auch weiter der bisherige Dreiklang von privatem, wirtschaftlichem und öffentlichem Engagement stehen.

Im Programm enthalten ist auch ein klares Bekenntnis zum Erhalt von Radio Bremen. Um dieses Ziel besser zu erreichen, sollen Kooperationsmodelle mit anderen öffentlich-rechtlichen Sendern entwickelt werden. ■

Wachstum der Weltbevölkerung veranlaßt zur Sorge

Zu der Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz der Vereinten Nationen zu Weltbevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo erklärten der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hedrich und die Entwicklungsexpertin Marlies Pretzlaff:

Das Wachstum der Weltbevölkerung veranlaßt zur Sorge. Im Herbst 1999 wird die Weltbevölkerungszahl die 6-Milliarden-Grenze überschreiten. Damit hat sich die Weltbevölkerung in den letzten 40 Jahren von 3 Milliarden auf jetzt 6 Milliarden verdoppelt. Der Anstieg der Weltbevölkerung hat unübersehbare Folgen für die politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität der Entwicklungsländer, aber auch der Industrieländer. Die Spirale aus Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und mangelnder Ernährungssicherung ist nur durch eine engagierte Politik zu durchbrechen, die die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums zum Ziel hat.

Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums ist daher eine der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts.

Um dieses zu erreichen, ist die Umsetzung des Aktionsplans erforderlich, der 1994 auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo unter maßgeblicher Mitwirkung der deutschen Bundesregierung verabschiedet wurde.

Die rot-grüne Bundesregierung ist daher aufgefordert, an diesem Aktionsplan festzuhalten und sich nachdrücklich in den internationalen Organisationen dafür einzusetzen. Dabei sollte der bisher eingeschlagene Weg, die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Familienplanung wie in den vergangenen Haushaltsjahren, konse-

quent weiterverfolgt werden. Das deutsche Förderkonzept „Bevölkerungspolitik und Familienplanung“ ist den Erfahrungen im Kairo-Folgeprozeß anzupassen.

Für eine notwendige Beurteilung des bevölkerungspolitischen Engagements der Bundesregierung ist es erforderlich, die vollständige Höhe der bereitgestellten Mittel zu kennen. Daher geht an die Regierung die Forderung, diese Mittel

Die Spirale aus Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und mangelnder Ernährungssicherung ist nur durch engagierte Politik zu durchbrechen.

ausdrücklich im Haushalt auszuweisen, auch wenn diese auf verschiedene Etats verteilt sind.

Eine Voraussetzung für die Umsetzung des Aktionsplans ist die partnerschaftliche Kooperation, die der Eigenverantwortung der Partnerländer Rechnung trägt.

Daher fordern wir von der Bundesregierung, die Aufklärung über reproduktive Gesundheit in der Bevölkerung zu unterstützen. Den Partnerländern ist auch bei der Sicherstellung notwendiger Gesundheitsvorsorge und -nachsorge zu helfen.

Der Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frau kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Wenn die Aus- und Weiterbildung der Frauen verbessert und die wirtschaftliche Existenz gesichert ist, dann wird ein wesentlicher Schritt zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums getan sein.

Die neuen Europa-Materialien sind da!

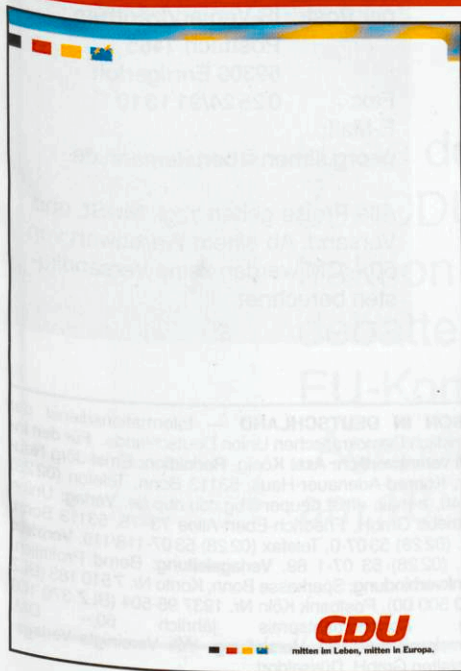
● **Europa muß man richtig machen**

Poster, DIN A1
 Bestell-Nr.: 7555
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je 50 Expl.: 24,- DM

● **Europa muß man richtig machen.**

Poster, DIN A0
 Bestell-Nr.: 7554
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je 50 Expl.: 43,- DM

Sichern Sie sich rechtzeitig Ihre Stellplätze!



● **Europa-Rahmenplakat, DIN A1**

Bestell-Nr.: 8551
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je 50 Expl.: 24,- DM

● **Europa-Rahmenplakat, DIN A0**

Bestell-Nr.: 8552
 Verpackungseinheit: 50 Expl.
 Preis je 50 Expl.: 43,- DM

● **Europa-Rahmenflugblatt, DIN A4**

Bestell-Nr.: 1553
 Verpackungseinheit: 1.000 Expl.
 Preis je 1.000 Expl.: 41,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● **10 Argumente für Europa, Faltblatt**

Bestell-Nr.: 2546

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,- DM

Bestellanschrift

per Post: IS-Versandzentrum
Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 02524/91 13 10

E-Mail:

georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und
Versand. Ab einem Warenwert von
50,- DM werden keine Versandkosten
berechnet.

UiD

10/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neu-
per, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28)
54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union
Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn,
Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ
380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100
50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.